

JUS PUBLICUM

18

Bernd Holznagel

Rundfunkrecht in Europa



J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

JUS PUBLICUM
Beiträge zum öffentlichen Recht

Band 18

Rundfunkrecht in Europa

Auf dem Weg zu einem Gemeinrecht
europäischer Rundfunkordnungen

von

Bernd Holznagel



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Holznagel, Bernd:

Rundfunkrecht in Europa : auf dem Weg zu einem Gemeinrecht
europäischer Rundfunkordnungen / von Bernd Holznagel. –

Tübingen : Mohr, 1996

(Jus publicum ; Bd. 18)

ISBN 3-16-146614-4

NE: Ius publicum

978-3-16-158053-6 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1996 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Weissenstein in Pforzheim gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

Vorwort

Die Rechtsvergleichung gilt in Deutschland traditionell als Domäne der Zivilrechtswissenschaft. Dies muß verwundern, denn mit dem Fortschreiten der europäischen Integration wird die Notwendigkeit immer dringlicher, sich auch mit dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht der europäischen Partnerländer auseinanderzusetzen. Nur so kann es nämlich gelingen, im Integrationsprozeß effektive Lösungen für die gemeinsamen rechtlichen Probleme zu finden. Die Argumentation der Vertreter anderer Nationen bleibt häufig unverständlich, wenn man die jeweilige Rechtstradition nicht kennt und versteht. Aber auch die Möglichkeit, aus den Erfahrungen, Erfolgen und Fehlern der Nachbarn zu lernen, sollte die deutsche Verwaltungsrechtswissenschaft nicht gering schätzen. Für unsere Kollegen aus dem anglo-amerikanischen Rechtskreis ist dies seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit.

Zu den Gebieten, in denen eine rechtsvergleichende Untersuchung besonders fruchtbar ist, gehört das Rundfunkrecht. Rundfunkwellen kennen keine Grenzen. Der Blick über den Grenzzaun liegt daher gleichsam in der Natur der Sache. Zudem haben sich gerade in diesem Rechtsgebiet in den letzten Jahren – nicht zuletzt aufgrund der Harmonisierungsbemühungen der Europäischen Kommission – zahlreiche gemeinsame Strukturen herausgebildet. Die zunehmende Globalisierung des Rundfunk- und Multimediemarktes wird diese Vereinheitlichungstendenzen weiter vorantreiben. Dennoch gibt es noch keine systematisch angelegte Untersuchung, in der die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der europäischen Rundfunkordnungen herausgearbeitet wurden. Die vorliegende Untersuchung soll einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu schließen. Sie kann zudem den aufstrebenden osteuropäischen Nachbarn, die ihre neuen Rundfunksysteme auf Basis der Erfahrungen Westeuropas errichten wollen, einen Anhalt geben, verschiedene Spielarten demokratischer Rundfunkordnungen kennenzulernen.

Die Studie wurde im Wintersemester 1995/96 vom Fachbereich Rechtswissenschaft II der Universität Hamburg als Habilitationsschrift angenommen. Die European Group of Public Law hat sie anlässlich ihrer Spetses Reunion 1996 mit einem Sonderpreis ausgezeichnet.

Besonderer Dank gilt meinem akademischen Lehrer Herrn Senator Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem. Seine vielfältigen Anregungen und seine kritische Begleitung während meiner wissenschaftlichen Ausbildung waren mir eine unschätzbare Hilfe. Auch die Hinweise von Prof. Dr. Hans Peter Bull, der das Zweitgutachten erstellt hat, und Prof. Dr. Peter Behrens haben zum Gelingen der

Arbeit beigetragen. Zu danken habe ich zudem Benoît Danard (Paris), Ad van Loon (Straßburg), Cristiana Orlandi (Rom/Hamburg), Modesto Saavedra (Granada) und Michael Wagner (Genf), ohne deren Hilfe ich bei der Materialsuche auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen wäre. Wertvolle finanzielle Unterstützung gewährten schließlich die Deutsche Forschungsgemeinschaft sowie die VG Wort.

Hamburg, im September 1996

Bernd Holznagel

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1

Erster Teil

Rundfunkentwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

A. Einleitung	7
B. Bundesrepublik Deutschland	8
I. Einführung	8
II. Anfangsphase	9
III. Rundfunk als Propagandainstrument der Nationalsozialisten	10
IV. Aufbau eines staatsfreien und föderalen öffentlichen Rundfunks	11
1. Vorgaben der Alliierten für die neue deutsche Rundfunkordnung	11
2. Ausbalancierung eines föderalen Rundfunksystems	13
a) Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten und der Länder	13
b) Bund-Länder-Konflikt um die „Deutschland Fernsehen GmbH“	13
V. Einführung des privaten Rundfunks	14
1. Erste gescheiterte Initiativen	14
2. Organisierte Erprobung und die ersten Landesrundfunkgesetze	16
3. Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens	18
VI. Aufkommen neuer Verbreitungstechnologien	20
1. Kabelrundfunk	20
a) Errichtung der Kabelnetze	20
b) Einspeisung von Programmen	22
2. Satellitenrundfunk	22
VII. Rundfunk in den neunziger Jahren	24
1. Rundfunkentwicklung in Ostdeutschland	24
a) Rundfunksystem der DDR	24
b) Abwicklung des DDR-Rundfunks und Neubeginn	25
2. Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland	27
3. Erfahrungen mit der dualen Rundfunkordnung	27
C. Frankreich	29
I. Einführung	29

II. Anfangsphase	30
III. Rundfunk als Propagandainstrument im Zweiten Weltkrieg	31
IV. Reform des öffentlichen Rundfunkmonopols	31
1. Das Monopol des General de Gaulle	31
2. Gründung des ORTF	32
3. Aufsplitterung des ORTF	34
4. Errichtung einer unabhängigen Aufsichtsinstanz	35
V. Einführung des privaten Rundfunks	37
1. Erste Durchbrechungen des öffentlichen Rundfunkmonopols	37
2. Abschaffung des Monopols durch die Reform von 1982	38
3. Vorherrschaft des privaten Rundfunks	41
a) Kompetenzerweiterung für die Aufsichtsinstanz	41
b) Neuvergabe des fünften und sechsten Kanals	42
c) Privatisierung von TF 1 und weitere Starhilfen	43
4. Konsolidierung der dualen Rundfunkordnung	45
VI. Aufkommen neuer Verbreitungstechnologien	46
1. Kabelrundfunk	46
2. Satellitenrundfunk	48
VII. Rundfunk in den neunziger Jahren	49
1. Konkurs von La Cinq	49
2. Krise des öffentlichen Rundfunks	51
D. Großbritannien	52
I. Einführung	52
II. Anfangsphase	52
III. Rundfunk im Zweiten Weltkrieg	54
IV. Kontinuität eines unabhängigen öffentlichen Rundfunks	55
V. Einführung des privaten Rundfunks	55
1. Independent Television	55
2. Independent Local Radio	59
3. Channel 4	59
VI. Aufkommen neuer Verbreitungstechnologien	61
1. Kabelrundfunk	61
2. Satellitenrundfunk	63
VII. Rundfunk in den neunziger Jahren	65
1. Intensivierung des Wettbewerbs im privaten Rundfunk	65
2. Reformanstrengungen im öffentlichen Rundfunk	68
E. Italien	70
I. Einführung	70
II. Anfangsphase	70
III. Rundfunk als Propagandainstrument der Bewegung Mussolinis	71
IV. Reform des öffentlichen Rundfunks	71
1. Das Monopol der Democrazia Cristiana	71
2. Reformgesetz von 1975	72

V. Einführung des privaten Rundfunks	73
1. Erste Durchbrechungen des öffentlichen Rundfunkmonopols	73
2. Legalisierung des lokalen privaten Rundfunks	74
3. Herausbildung eines nationalen Rundfunkmarktes	75
4. Decreto Berlusconi	76
5. Legge Mammì	77
VI. Aufkommen neuer Verbreitungstechnologien	79
VII. Rundfunk in den neunziger Jahren	80
1. Die Pax Televisiva	80
2. Rückkoppelungseffekte der politischen Krise	81
F. Spanien	82
I. Einführung	82
II. Anfangsphase	83
III. Rundfunk als Propagandainstrument der franquistischen Bewegung	83
IV. Reform des öffentlichen Rundfunks	84
1. Entstaatlichung	84
2. Regionalisierung	86
V. Einführung des privaten Rundfunks	87
1. Verbreitung lokaler Rundfunksender	87
2. Zulassung nationaler Fernsehprogramme	88
VI. Aufkommen neuer Verbreitungstechnologien	89
VII. Rundfunk in den neunziger Jahren	90
G. Strukturelle Gemeinsamkeiten der Rundfunkentwicklung	91

Zweiter Teil

*Gemeinsame normative Grundlagen der nationalen
Rundfunkordnungen*

Einleitung	97
Erstes Kapitel: Verfassungsrechtliche Vorgaben	98
A. Einleitung	98
B. Deutschland	99
I. Das Konzept der Rundfunkfreiheit im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	99
II. Ausgestaltung der dualen Rundfunkordnung	101
1. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	101
2. Anforderungen an den öffentlichen Rundfunk	102
3. Anforderungen an den privaten Rundfunk	103
C. Frankreich	105
I. Das Konzept der audiovisuellen Kommunikationsfreiheit im Lichte der Rechtsprechung des Conseil Constitutionnel	105

II. Ausgestaltung der dualen Rundfunkordnung	107
1. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	107
2. Anforderungen an den öffentlichen Rundfunk	107
3. Anforderungen an den privaten Rundfunk	108
D. Großbritannien	109
E. Italien	111
I. Das Konzept der Rundfunkfreiheit im Lichte der Rechtsprechung der Corte Costituzionale	111
II. Ausgestaltung der dualen Rundfunkordnung	112
1. Anforderungen an den öffentlichen Rundfunk	112
2. Anforderungen an den privaten Rundfunk	114
F. Spanien	116
I. Das Konzept der Rundfunkfreiheit im Lichte der Rechtsprechung des Tribunal Constitucional	116
II. Ausgestaltung der dualen Rundfunkordnung	117
1. Anforderungen an den öffentlichen Rundfunk	117
2. Anforderungen an den privaten Rundfunk	117
G. Zwischenergebnis	119
 Zweites Kapitel: Vorgaben der Europäischen Union	 123
A. Einleitung	123
B. Entwicklung und Zielsetzung der EG-Rundfunkpolitik	123
C. Das europäische Rundfunkrecht nach dem EG-Vertrag	128
I. Anwendbarkeit des EG-Vertrages im Rundfunkwesen	128
II. Der Rundfunk und die Kulturkompetenz des Art. 128 EGV	130
III. Der Rundfunk und die Dienstleistungsfreiheit	132
1. Integrationspolitische Bedeutung der Dienstleistungsfreiheit	132
2. Rundfunksendetätigkeit als Dienstleistung	133
a) Abgrenzung von Dienstleistung und Warenverkehr	133
b) Entgeltlichkeit der Dienstleistung	134
c) Grenzüberschreitung der Dienstleistung	136
d) Zwischenergebnis	138
3. Freistellung von den Dienstleistungsvorschriften nach Artt. 55 Abs. 1, 66 EGV	138
4. Rechtfertigung kommunikationsspezifischer Vorschriften nach den Vorbehalten der Dienstleistungsfreiheit	140
a) Rechtfertigung diskriminierender Regelungen	140
b) Rechtfertigung unterschiedslos geltender Regelungen	144
aa) Voraussetzungen des immanenten Vorbehalts i.S.d. Art. 59 Abs. 1 EGV	144
bb) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses	145
cc) Verhältnismäßigkeit	147

c) Rechtfertigung im Umgehungsfall	149
d) Zwischenergebnis	150
5. Vereinbarkeit kommunikationsspezifischer Vorschriften mit den Gemeinschaftsgrundrechten	150
a) Gemeinschaftsgrundrechte als Prüfungsmaßstab	150
b) Auslegung des Art. 10 EMRK im Lichte der Rechtsprechung des EGMR	154
aa) Schutzbereich des Art. 10 Abs. 1 EMRK	154
bb) Rundfunkklausel des Art. 10 Abs. 1 S. 3 EMRK	155
cc) Schrankenregelung des Art. 10 Abs. 2 EMRK	157
c) Zwischenergebnis	160
IV. Der Rundfunk und die Wettbewerbsfreiheit	161
1. Einleitung	101
2. Kartell- und Mißbrauchsverbot	162
a) Anwendbarkeit der Vorschriften auf Rundfunkveranstalter	162
aa) Rundfunkveranstalter als Unternehmen	162
bb) Freistellung nach Art. 90 Abs. 2 EGV	163
b) Geltungsbereich der Art. 85 EGV und Art. 86 EGV	165
c) Prüfungs- und Entscheidungspraxis der EG-Kommission	166
aa) Überblick	166
bb) Programmbeschaffung	166
cc) Programminformation	168
dd) Werbetätigkeiten	169
ee) Gründung eines kooperativen Gemeinschaftsunter- nehmens	170
d) Berücksichtigung kommunikations- und kulturpolitischer Belange	171
3. Fusionskontrolle	172
a) Geltungsbereich der Fusionskontrollverordnung	172
b) Prüfungs- und Entscheidungspraxis der EG-Kommission	173
c) Verhältnis zu nationalen Regelungen der Konzentrations- begrenzung	174
d) Überlegungen für eine Gemeinschaftsaktion zur Konzentrations- begrenzung und Pluralismussicherung	175
4. Kontrolle nationaler Beihilfen	177
D. Harmonisierung mitgliedstaatlicher Vorschriften durch die Fernseh- richtlinie vom 3. Oktober 1989	178
I. Entstehungsgeschichte	178
II. Zielsetzung und Regulierungskonzeption	179
III. Inhalt	181
1. Geltungsbereich	181
2. Regelungsgebiete	181
IV. Verbindlichkeit der Richtlinie	182
E. Zwischenergebnis	183

Drittes Kapitel: Vorgaben des Europarats	186
A. Aktivitäten im Rundfunkbereich	186
B. Das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen vom 5. Mai 1989	187
I. Entstehungsgeschichte	187
II. Zielsetzung und Regulierungskonzeption	189
III. Inhalt	190
1. Geltungsbereich	190
2. Regelungsgebiete	190
IV. Zwischenergebnis	191

Dritter Teil

Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Rundfunkordnungen

Einleitung	193
Erstes Kapitel: Allgemeine Strukturvorgaben für Rundfunktätigkeiten ...	195
A. Strukturvorgaben für die Tätigkeit öffentlicher Rundfunkver- anstalter	195
I. Zentrale Rechtsgrundlagen	195
II. Programmauftrag	200
III. Organisation	201
1. Errichtung und Aufgabenzuweisung	201
2. Interne Organisationsstruktur	203
a) Gegenstand und Aufgabe der Organisationsregeln	203
b) Monokratisches Leitungsorgan	204
c) Interne Kollegialorgane	205
aa) Aufsichtsratsmodell	205
bb) Rundfunkratsmodell	208
IV. Beaufsichtigung	210
1. Regelungsgegenstand	210
2. Interne Kontrolle	210
3. Externe Kontrolle	211
a) Überwachung durch einen Minister oder die Regierung	211
b) Überwachung durch parlamentarische Kommissionen	213
c) Überwachung durch unabhängige staatliche Aufsichts- instanzen	214
V. Finanzierung	215
1. Teilnehmergebühren	215
2. Werbung	217
3. Zuschüsse aus dem Staatshaushalt	218
VI. Zwischenergebnis	219

B. Strukturvorgaben für die Tätigkeit privater Rundfunkveranstalter	221
I. Zentrale Rechtsgrundlagen	221
II. Organisation	223
1. Das Lizenzierungsmodell	223
2. Lizenzierungs- und Aufsichtsinstanzen	224
a) Die Instanzen und ihre Aufgaben	224
aa) Regierung und Minister	224
bb) Unabhängige staatliche Aufsichtsinstanz	225
b) Sicherung der Unabhängigkeit	227
III. Zulassung	230
1. Verfahren	230
2. Vergabekriterien	231
a) Personenbezogene Zugangsbeschränkungen	231
b) Verhaltensbezogene Zugangsbeschränkungen	233
c) Auswahl unter mehreren Bewerbern	234
aa) Hoheitliches Auswahlmodell	234
bb) Versteigerungsmodell	235
d) Zulassungsentscheidung	237
aa) Form	237
bb) Dauer und Verlängerungsmöglichkeiten	238
IV. Beaufsichtigung	239
1. Interne Kontrolle	239
2. Externe Kontrolle	240
a) Zuschauerüberwachung	240
b) Freiwillige Selbstkontrolle	241
c) Staatliche Überwachung	241
aa) Verfahren	241
bb) Aufsichtsmittel	243
cc) Effektivität	246
V. Finanzierung	248
VI. Zwischenergebnis	248
Zweites Kapitel: Rundfunkrechtsvergleich in ausgewählten Bereichen	252
A. Programmgrundsätze	252
I. Regelungsgegenstand	252
II. Nachrichten und Informationssendungen	252
1. Sicherung von Pluralismus, Überparteilichkeit und Objektivität	252
a) Qualitative Standards	252
b) Quantitative Standards	253
c) Zugangsregeln zu bedeutenden Ereignissen	254
2. Wahrung journalistischer Sorgfaltsstandards	255
a) Sicherung von Sorgfalt und Fairneß	255
b) Präsentationsregeln	255
III. Übriges Programm	256
1. Sicherung von Pluralismus, Ausgewogenheit und Überparteilichkeit	256

a) Regelungsgegenstand	256
b) Anforderungen an jedes einzelne Programm	257
c) Anforderungen an die Gesamtheit der Programme	259
2. Beeinflussungsverbot	261
3. Schaffung eines breiten und qualitativ hochstehenden Programm- angebots	262
a) Allgemeine Grundsätze	262
b) Anforderungen an einzelne Programmkategorien	263
4. Schutz von Rechtsgütern Dritter und der Allgemeinheit	264
IV. Zwischenergebnis	265
B. Sicherung kultureller Identität	267
I. Regelungsgegenstand	267
II. Sicherung lokaler und regionaler Berichterstattung	267
III. Schutz der Sprache	268
IV. Schutz europäischer und nationaler Produktionen und der Ausbau der Programmindustrie	269
1. Regelungsgegenstand	269
2. Förderung europäischer Produktionen	269
a) Begriff des europäischen Werks	269
b) Festlegung von Programmanteilen	270
3. Förderung nationaler Produktionen	272
a) Festlegung von Programmanteilen	272
aa) Quotenregelungen	272
bb) Fixierung von Programmstunden	273
b) Kauf- und Produktionsverpflichtungen	274
4. Schutz für Kinospiele	274
a) Regelungsgegenstand	274
b) Beschränkungen der Fernsehausstrahlung	274
c) Festlegung von Programmanteilen	275
d) Kauf- und Produktionsverpflichtungen	276
5. Förderung unabhängiger Produktionen	276
a) Regelungsgegenstand	276
b) Begriff des unabhängigen Produzenten	276
c) Festlegung von Programmanteilen	277
d) Kauf- und Produktionsverpflichtungen	278
e) Beschränkungen der Eigenproduktion	278
V. Zwischenergebnis	279
C. Zugangsrechte zum Rundfunk	280
I. Regelungsgegenstand	280
II. Zugangsrechte für religiöse, politische und soziale Gruppen	281
III. Zugangsrechte für politische Parteien	283
1. Regelungsgegenstand	283
2. Außerhalb des Wahlkampfes	283
a) Bereitstellung von Sendezeit	283
b) Übertragung von Parlamentsdebatten	284

3. Im Wahlkampf	285
IV. Verlautbarungen der Regierung	288
V. Zugangsregeln für den Kabelrundfunk	290
1. Programme lokaler Gruppen	290
2. Rangfolge bei der Einspeisung	290
VI. Zwischenergebnis	291
D. Konzentrationsbegrenzung	292
I. Bedeutung in einer dualen Rundfunkordnung	292
II. Vorkehrungen gegen die intramediäre Konzentration	294
1. Regelungsgegenstand	294
2. Begrenzung mehrfacher Programm- und Lizenzträgerschaft	294
a) Fernsehen	294
aa) Kumulation nationaler Lizenzen	294
bb) Kumulation regionaler und lokaler Lizenzen	295
cc) Kumulation nationaler und regionaler bzw. lokaler Lizenzen	296
b) Hörfunk	297
aa) Kumulation nationaler Lizenzen	297
bb) Kumulation regionaler und lokaler Lizenzen	297
cc) Kumulation nationaler und regionaler bzw. lokaler Lizenzen	298
3. Begrenzung mehrfacher Beteiligungen	298
a) Fernsehen	298
b) Hörfunk	299
III. Vorkehrungen gegen die diagonale Konzentration	300
1. Regelungsgegenstand	300
2. Zugangssperren	300
a) Betätigungsverbot ohne Wahlmöglichkeit	300
b) Betätigungsverbot mit Wahlmöglichkeit	301
3. Kumulations- und Beteiligungsbegrenzungen	302
a) Verflechtung zwischen Fernsehen und Hörfunk	302
b) Verflechtung zwischen Rundfunk und Presse	302
4. Umsatzbegrenzungen	303
IV. Vorkehrungen gegen die vertikale Konzentration	304
1. Regelungsgegenstand	304
2. Programmzulieferer	305
a) Verflechtungsformen	305
b) Zulieferer als mittelbare Programmveranstalter	306
c) Quantitative Begrenzungen	306
3. Werbeagenturen	307
a) Verflechtungsformen	307
b) Zugangssperren	307
c) Akquisitionsbegrenzungen	307
d) Begrenzung der Einflußnahme auf Werbeagenturen	308
4. Netzanbieter	308
V. Binnenstrukturelle Konzentrationsvorkehrungen	309

1. Regelungsgegenstand	309
2. Anbietergemeinschaften	309
3. Beiräte	309
4. Gewährleistung redaktioneller Eigenständigkeit	311
5. Zwei-Säulen-Modell	312
VI. Umgehungsverbote und Zurechnungsklauseln	312
1. Regelungsgegenstand	312
2. Umgehungsverbote	313
3. Zurechnungsklauseln	313
VII. Transparenzregeln	314
1. Regelungsgegenstand	314
2. Vorgaben für die Organisationsform	314
3. Informationsobliegenheiten des Veranstalters	315
a) Auskunftspflichten	315
b) Anzeigepflichten	316
c) Registrierpflichten	316
4. Berichtspflichten der Aufsichtsinstanz	317
VIII. Zwischenergebnis	317
E. Werbebeschränkungen	320
I. Regelungsgegenstand	320
II. Inhaltliche Anforderungen an Werbesendungen	320
1. Allgemeine Grundsätze	320
2. Produkt- und tätigkeitsbezogene Werbebeschränkungen	321
3. Schutzvorschriften für an Minderjährige gerichtete Werbung	321
a) Inhaltliche Standards	322
b) Plazierungsregeln	323
4. Beschränkungen für politische, weltanschauliche und religiöse Werbung	324
III. Beschränkungen der Spotgestaltung, -einfügung und -dauer	324
1. Aufmachung	324
2. Plazierung	325
a) Trennungs- und Kennzeichnungsgebot	325
b) Blockwerbegebot	325
c) Unterbrechungsverbote	326
3. Schutz der Integrität künstlerisch wertvoller Filme	327
4. Zeitliche Beschränkungen	327
IV. Neue Werbeformen, insbesondere Sponsoring	329
V. Zwischenergebnis	330
F. Jugendschutz	331
I. Regelungsgegenstand	331
II. Negativer Jugendschutz	332
1. Absolute Sendeverbote	332
2. Beschränkungen des Konsums jugendgefährdender Sendungen	335
3. Anforderungen an Programmankündigungen	337
4. Kennzeichnung von kinder- und jugendgefährdenden Sendungen	337

5. Beauftragte für den Jugendschutz	338
III. Positiver Jugendschutz	338
IV. Zwischenergebnis	340
G. Persönlichkeitsschutz	340
I. Regelungsgegenstand	340
II. Gegendarstellungsanspruch	341
1. Anspruchsvoraussetzungen	341
2. Anforderungen an die Gegendarstellung	342
3. Anspruchsdurchsetzung	344
III. Beschwerderecht	345
IV. Zwischenergebnis	346
Drittes Kapitel: Gesamtschau	347
A. Sicherung der Unabhängigkeit vor staatlicher Einflußnahme	347
B. Sicherung pluralistischer Vielfalt	349
I. Öffentlicher Rundfunk	349
II. Privater Rundfunk	350
C. Sicherung der Funktionsweise des Rundfunkmarktes	351
D. Schutz von Rechtsgütern Dritter und der Allgemeinheit	352

Vierter Teil

Weiterentwicklung des Rundfunkrechts

A. Einleitung	355
B. Gegenwärtiger Harmonisierungsbedarf	355
I. Bedingungen einer weiteren Rechtsvereinheitlichung	355
II. Sicherung pluralistischer Vielfalt	356
1. Konzentrationsbegrenzung	356
2. Programmgrundsätze	358
III. Jugendschutz	359
C. Probleme der Rundfunkregulierung angesichts neuer Techniken und multimedialer Angebote	360
I. Veränderungen im Rundfunksektor	360
II. Legitimation staatlicher Regulierung	362
III. Allgemeine Strukturvorgaben für Rundfunktätigkeiten	363
1. Zulassung	363
2. Zugang zu den Übertragungswegen	366
3. Vertriebs- und Vermarktungsstrukturen	367
a) Regelungsgegenstand	367
b) Endgeräte und Abonnentenverwaltung	368

c) Paketbildung	370
d) Navigationssysteme	371
e) Geographische und soziokulturelle Zugänglichkeit	372
4. Beaufsichtigung	373
IV. Ausgewählte Regelungsbereiche	374
1. Förderung vernachlässigter Programmsegmente	374
2. Konzentrationsbegrenzung	375
3. Werbebeschränkungen	376
4. Jugendschutz	376
5. Verbraucherschutz	376
V. Schlußbemerkung	377
Verzeichnis höchstrichterlicher Entscheidungen	379
Verzeichnis maßgeblicher Rechtsvorschriften	383
Quellen- und Literaturverzeichnis	392

Abkürzungsverzeichnis

A 2	La Société Nationale de Télévision en Couleur „Antenne 2“
a.A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AfP	Archiv für Presserecht
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArchivPF	Archiv für Post- und Fernmelderecht
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art., Artt.	Artikel
Aufl.	Auflage
BA	Broadcasting Act
BayMG	Bayerisches Mediengesetz
BayRG	Bayerisches Rundfunkgesetz
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BBC	British Broadcasting Corporation
BCC	Broadcasting Complaints Commission
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BJC	Bolnín Jurisprudencia Constitucional
BO	The Broadcasting (Restrictions on the Holding of Licences) Order
BremLMG	Bremisches Landesmediengesetz
BRFG	Bundesrundfunkgesetz
BSB	British Satellite Broadcasting Consortium
BSC	Broadcast Standards Council
BSkyB	British Sky Broadcasting
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
c.d.c.	cahier des charges
CDU	Christlich Demokratische Union
CE	Code Électoral
CE	Constitución Española
CLT	Compagnie Luxembourgoise de Télédiffusion
CMLR	Common Market Law Review
CNCL	Commission Nationale de la Communication et des Libertés
Cort. cost.	Corte costituzionale
CSA	Conseil Supérieur de l’Audiovisuel
CSU	Christlich Soziale Union
DCE	Legge, 10 dicembre 1993, n. 515, Disciplina delle campagne elettorali per l’elezione alla Camera dei deputati e al senato della Repubblica
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DSC	Legge, 25 giugno 1993, n. 206, Disposizioni sulla società concessionaria del servizio pubblico radiotelevisivo

DSR	Legge, 6 agosto 1990, n. 223, Disciplina del sistema radiotelevisivo pubblico e privato
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EBU	European Broadcasting Union
EEC	European Community
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ERT	Elliniki Radiophonia Tileorassi AE
ERTV et al.	Ley 4/1980, de 10 de enero, de Estatuto de la Radio y la Televisión et alii
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG f.	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FI	Fernsehinformation
ff.	fortfolgende
FR 3	La Société Nationale de Télévision „France-Régions 3“
FsRL	Richtlinie des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehtätigkeit
FÜ	Europäisches Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen
FusKontrVO	Fusionskontrollverordnung
GA	Generalanwalt
GBL	Gesetzblatt
GG	Grundgesetz
GPRSA	Gesetz über den privaten Rundfunk in Sachsen-Anhalt
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GVBl.	Gesetzes- und Ordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HMG	Hamburgisches Mediengesetz
HPRG	Gesetz über den privaten Rundfunk in Hessen
HR-G	Gesetz über den Hessischen Rundfunk
HS	Halbsatz
i.d.F.	in der Fassung
i.S.d.	im Sinne des/der
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IBA	Independent Broadcasting Authority
IRI	Istituto per la Ricostruzione Industriale
ITA	Independent Television Authority
ITC	Independent Television Commission
ITV	Independent Television
JC	Jurisprudencia constitucional
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
Jura	Juristische Ausbildung
JZ	Juristenzeitung

KartellVO	Kartellverordnung
KJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KtK	Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems
LA	Licence and Agreement granted to and concluded with the British Broadcasting Corporation
LAR	Landesanstalt für das Rundfunkwesen
LfK	Landesanstalt für Kommunikation
LID	Ley 25/1994, de 12 de julio, por la que se incorpora al ordenamiento jurídico español la Directiva 89/552/CEE, sobre la coordinación de disposiciones legales, reglamentarias y administrativas de los Estados miembros relativas al ejercicio de actividades de radiodifusión televisiva
LLC	Loi no. 86-1067 du 30 Septembre 1986 relative à la liberté de communication
LMG Ba-Wü	Landesmediengesetz Baden-Württemberg
LOT	Ley 31/1987, de 18 de diciembre, de Ordenación de las Telecomunicaciones
LRA	Landesrundfunkausschuß
LRG NW	Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen
LRG RP	Landesrundfunkgesetz Rheinland-Pfalz
LRG SH	Landesrundfunkgesetz Schleswig-Holstein
LTP	Ley 10/1988, de 3 de Mayo, de Televisión Privada
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MedStV	Staatsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks
Mio.	Million(en)
MP	MediaPerspektiven
N.F.	Neue Folge
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NdsLRG	Niedersächsisches Landesrundfunkgesetz
NDWR	Nordwestdeutscher Rundfunk
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NMR	Legge, 14 aprile 1975, n. 103, Nuove norme in materia di diffusione radiofonica e televisiva
no.	number
NOB	Nederlandse Omroepproductie Bedrijf
Nr.	Nummer
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
ORB-G	Gesetz über den Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg
ORTF	Office de Radiodiffusion Télévision Française
PTT	Ministère des postes, télégraphe et des télécommunications
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Recht
RAI	Radiotelevisione italiana
RBG	Radio-Bremen-Gesetz
RCE	Radiocadena Española
RDR	Ley Orgánica 2/1984, de 26 de marzo, reguladora del derecho de rectificación
RDSR	Decreto, 27 marzo 1992, n. 255, Regolamento di attuazione delle legge 6 agosto 1990, n. 223, sulla disciplina del sistema radiotelevisivo pubblico e privato
REG	Ley Organica 5/1985, de 19 de junio, Régimen Electoral General
RGMV	Rundfunkgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern

Rn.	Randnummer
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
RTVE	Radiotelevisión Española
RuF	Rundfunk und Fernsehen
s.	siehe
S.	Satz, Siehe
SaarLRG	Saarländisches Landesrundfunkgesetz
SächsPRG	Gesetz über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen
Sch.	Schedule
SDR-S	Satzung für den Süddeutschen Rundfunk
SER	Sociedad Española de Radiodifusión
SFB-S	Satzung der Rundfunkanstalt Sender Freies Berlin
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs Erster Instanz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
STC	Sentencia Tribunal Constitucional
StV.	Staatsvertrag
SWF-StV	Staatsvertrag über den Südwestfunk
TF 1	Télévision Française 1
TPRG	Thüringer Privatrundfunkgesetz
TVE	Televisión Española
u.	und
u. a.	unter anderen
u. s. w.	und so weiter
UAbs.	Unterabschnitt
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
VKS	Verfassung des Königreiches Spanien
VRF	Verfassung der Republik Frankreich
VRI	Verfassung der Republik Italien
WDR-G	Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z. B.	zum Beispiel
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

Einleitung

Der Rundfunk war in Europa bis zu Beginn der achtziger Jahre überwiegend eine rein nationale Angelegenheit. In den meisten Staaten hatten sich bereits im Verlauf oder kurz nach dem Zweiten Weltkrieg öffentliche Rundfunkmonopole herausgebildet, deren Programmauftrag darauf begrenzt war, das einheimische Publikum mit Informationen, Bildung und Unterhaltung zu versorgen. Da es sich bei diesen Veranstaltern um vertikal integrierte Unternehmen handelte, die über eigene Produktionskapazitäten, über eigene Sendestudios und zum Teil über eigene Sendeanlagen verfügten, gab es für sie auch außer der eigentlichen Programmtätigkeit nur geringe Anreize, sich transnational zu betätigen. Eine gewisse internationale Zusammenarbeit, z.B. im Rahmen der Eurovision, war nur bei der Berichterstattung über bedeutende Kultur- und Sportveranstaltungen üblich¹. Zu einem grenzüberschreitenden Rundfunk kam es darüber hinausgehend eher zufällig², da Rundfunkwellen nicht an den Grenzen haltmachen. Einige wenige nationale Programme – vor allem in den grenznahen Gebieten – waren auch in den Nachbarstaaten zu empfangen.

Diese Situation hat sich heutzutage grundlegend verändert. Die Möglichkeiten, Rundfunkprogramme gezielt im Ausland zu verbreiten und dort zu empfangen, wurden durch die neuen Kommunikationstechnologien erheblich ausgeweitet. Dies versteht sich beim Satellitenrundfunk, der in jüngster Zeit eine rasante Wachstumstendenz aufweist³, von selbst, da die Sendeellipsen der Satelliten aus technischen Gründen weit über ein nationales Territorium hinausreichen und somit „von Natur aus“ das Spill-over-Phänomen verursachen⁴. Aber auch die Kabelnetze werden zunehmend zur Verbreitung ausländischer Programme genutzt, nachdem nationale Beschränkungen vielfach als Verstoß gegen EG-Recht eingestuft wurden und in der Folge aufgehoben werden mußten. Der grenzüberschreitende Rundfunk wird schon bald eine weitere Expansionsphase durchlaufen. Denn durch die Digitalisierungstechnik wird es möglich, die Übertragungswege bei Kabel und Satellit zu vervielfachen und die Kosten für die Programmverbreitung zu senken. Beispielsweise können die ab Ende 1995 in Betrieb gehenden drei Astra Satelliten 1 E, 1 F und 1 G jeweils um die hundert digitale Fernsehprogramme ausstrahlen. Zudem ist in den nächsten Jahren zu erwarten, daß auch die Telekommunikationsnetze für die Verbreitung ausländischer Rundfunksendungen

¹ S. Art. 2 § 5 und § 6 Statutes of the European Broadcasting Union; *Gressmann*, 397 (397ff.); *Wagner*, E-I 2.

² Zur traditionellen nationalen Ausrichtung des Rundfunks s. auch *Magiera*, 51 (51ff.).

³ *Meyrat*, ZUM 1994, 129 (129ff.); *Kleinsteuber*, RuF 1991, 506 (512ff.).

⁴ *Müller-Römer*, A 147 (A 153); *Siebenhaar*, 31.

genutzt werden. Als Vorbote dieser zukünftigen Entwicklung kann das Internet angeführt werden, wo bereits heute – wenn auch noch im Experimentierstadium befindlich – z.B. amerikanische Hörfunkangebote empfangen werden können.

Bedeutsam ist auch die veränderte wirtschaftliche Bedeutung des Rundfunksektors. Mit der Zulassung kommerziell orientierter Veranstalter, die europaweit zu beobachten war und die zur Herausbildung der dualen Rundfunkordnung geführt hat, entwickelte sich dieser Sektor zu einem stark expandierenden Wirtschaftszweig. Der Jahresumsatz der Fernseh- und Filmwirtschaft wurde in Westeuropa im Jahre 1990 auf ca. 45 Mrd. DM geschätzt. Bis zum Jahre 2000 soll er auf 65 Mrd. DM anwachsen⁵. Nutznießer dieser Entwicklung sind aber nicht nur die Rundfunkveranstalter oder die mit ihnen verbundenen Werbeagenturen. Besondere Gewinnerwartungen hegen auch die Filmproduzenten, da sich die jährlich benötigten Programmstunden mit jedem neuen Anbieter erhöhen und die vermehrte Nachfrage zu einer Kostenexplosion bei Fernsehprogrammen geführt hat⁶. Ähnlich ist die Lage für die Endgerätehersteller, die sich mit der Einführung einer europaweit geltenden Norm für das hochauflösende Fernsehen die Rückeroberung längst verloren geglaubter Märkte erhoffen⁷.

Auf den audiovisuellen Märkten sind nicht nur Medienunternehmen wie etwa Verlage, sondern auch branchenfremde Gesellschaften z.B. aus der Finanz- oder Bauwirtschaft aktiv geworden. Eine Reihe von Konzernen, beispielsweise die Fininvest des Silvo Berlusconi, die Kirch-Gruppe oder Bertelsmann, ist dabei längst europaweit, zum Teil sogar global tätig⁸. Zudem haben sie ihre geschäftlichen Aktivitäten zunehmend diversifiziert, so daß sie ihr Geld heute auch in rundfunkfremden Sektoren wie der Video-, Film- oder Zeitungsbranche verdienen⁹. Die etablierten Rundfunkunternehmen werden auf den zukünftigen Multimedia-Märkten auf neue, wirtschaftlich mächtige Konkurrenten treffen. Die Computerindustrie will ihr Wissen einsetzen, um für diese vielversprechenden Märkte neue Produkte anzubieten. Die Telekommunikationsbranche plant, ihre Netze verstärkt für die Übertragung digitaler Dienste und Programme einzusetzen. Um die Ausgangsbedingungen für den Wettbewerb zu verbessern, läßt sich in jüngster Zeit die Bildung von strategischen Allianzen beobachten, die diese zentralen drei Branchen übergreifen¹⁰. Diese Entwicklung wird die schon jetzt zu beobachtende Internationalisierung des Multimedia-Geschäfts weiter vorantreiben.

Die Nationalstaaten sind heute längst nicht mehr in der Lage, diese globalen

⁵ S. *Kleinsteuber/Rossmann*, 145. Zu den Wachstumsmöglichkeiten der europäischen Rundfunkmärkte s. auch *Luyken*, RuF 1989, 167 (167ff.).

⁶ Zur Lage auf den europäischen Filmmärkten s. *Wilde*, MP 1992, 108 (108ff.); *Jézéquel*, RuF 1994, 200 (200ff.); *Braunschweig/Keidel*, MP 1991, 777 (777ff.).

⁷ Zum Stand der europäischen HDTV-Politik s. *Kleinsteuber*, RuF 1994, 5 (5ff.); *Kaitatzi-Whitlock*, *European Journal of Communication*, 1994, 173 (173ff.); *Siebenhaar*, 207ff.; *Gruber*, 174ff.

⁸ S. *Muzik*, 251ff.; *Henle*, 104f.; *Sánchez-Taberner*, 84ff.; *Geppert*, 44f.

⁹ Hierzu s. nur *Kleinsteuber/Rossmann*, 263ff.

¹⁰ Hierzu *Schraper*, 56ff.

technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Medienbereich allein zu steuern¹¹. Vielmehr sind sie zunehmend mit dem Problem konfrontiert, daß ihre Regulierungsbemühungen durch den grenzüberschreitenden Rundfunk unterlaufen werden können und damit an Wirkungskraft verlieren¹². Beispielsweise kann ein Verbot, ein nach nationalen Wertmaßstäben als pornographisch eingestuftes Programm auszustrahlen, in der Praxis dadurch umgangen werden, daß es durch einen ausländischen Satelliten ausgestrahlt wird¹³. Aber auch beim Kabelrundfunk besteht die Gefahr, daß Anbieter die nationalen Vorkehrungen ignorieren und ihre Sendungen vom Ausland aus ins Heimatland verbreiten. Die Weiterverbreitung ausländischer Programme läßt sich im Bereich der Europäischen Union nur bedingt beschränken, da der Europäische Gerichtshof den grenzüberschreitenden Rundfunk dem Schutz der Dienstleistungsfreiheit unterstellt hat¹⁴.

Eine Regulierung der mit dem grenzüberschreitenden Rundfunk und den multinational operierenden Unternehmen verbundenen Problemlagen, wie z.B. vielfaltsgefährdenden Konzentrationsprozessen¹⁵, kann daher erfolversprechend nur auf der supranationalen Ebene angestrebt werden. Es ist also kein Zufall, daß sich die Europäische Union und der Europarat seit vielen Jahren darum bemühen, einen rechtlichen Rahmen für den Rundfunk, aber auch für andere audiovisuelle Bereiche zu entwickeln¹⁶. Obgleich auch dieser Rahmen zu eng ist, um einen Wirtschaftszweig, der durch Internationalisierung, wenn nicht gar durch Globalisierung geprägt ist¹⁷, umfassend zu regulieren, eröffnen sich hier doch zahlreiche Möglichkeiten einer rechtlichen Steuerung.

Über die Ziele einer solchen Steuerung bestehen jedoch im Schrifttum erhebliche Kontroversen. Es ist zudem weder geklärt, auf welche Regelungsfelder sie sich erstrecken soll, noch auf welche Instrumente zurückzugreifen ist. Umstritten ist insbesondere, wieweit ein spezifisches Medien- bzw. Rundfunkrecht¹⁸ oder wieweit das allgemeine Wirtschaftsrecht – gegebenenfalls mit medienspezifischen Abwandlungen¹⁹ – als Grundlage für eine übergreifende europäische Regulierung in Betracht kommt. Nur eines scheint gewiß: Die Chancen, die anstehende Harmonisierungsaufgabe zu bewältigen, dürften in dem Maße steigen, wie es ge-

¹¹ Die Grenzen einer nationalstaatlichen Steuerung beschreibt eindrucksvoll *Guéhenno*, *Das Ende der Demokratie*, 1994.

¹² Hierzu insbesondere *Geppert*, 123ff.

¹³ S. z.B. *Gruber*, 155ff.; *Becker*, ZUM 1994, 125 (125f.); *Geppert*, 137.

¹⁴ S. nur EuGH 30. 4. 1974 – Rs 155/73 (*Sacchi*), Slg. 1974, 409; EuGH 18. 3. 1980 – Rs 52/79 (*Debauve*), Slg. 1980, 833; EuGH 26. 4. 1988 – Rs 352/85 (*Bond van Adverteerders*), Slg. 1988, 2085.

¹⁵ Hierzu z.B. *Geppert*, 123ff.; *Henle*, 104ff.; *Kleist*, *Harmonisierung*, 97 (100ff.).

¹⁶ Einen Überblick hierüber geben *Dörr*, 69ff., 122ff.; *Eberle*, AfP 1993, 422 (422ff.); *Goerlich/Möwes*, Jura 1991, 113 (113ff.); *Möwes/Schmitt-Vockenhausen*, EuGRZ 1990, 121 (129ff.).

¹⁷ Hierzu s. nur *Negrine/Papathanassopoulus*, *The Internalization of Television*, 1990; *Sepstrup*, *Transnationalization of Television in Western Europe*, 1990.

¹⁸ Dies befürworten z.B. *Stock*, RuF 1989, 180 (199ff.); *Hoffmann-Riem*, *Erosionen*, 56ff.

¹⁹ Hierfür tritt z.B. *Mestmäcker*, *Über den Einfluß von Ökonomie und Technik*, 13 (162ff., insbesondere 172), ein.

lingt, an den nationalen Traditionen der Rundfunkrechtssetzung anzuknüpfen²⁰. Zwar haben die Staaten ihre Rundfunkordnungen bisher weitgehend auf die jeweils national auftretenden Problemlagen ausgerichtet, so daß eine Heterogenität von Systemen und Einzelregelungen zu verzeichnen ist. Im Kommunikationsbereich gibt es aber auch viele strukturelle Parallelen, die häufig einen ähnlichen Regulierungsbedarf ausgelöst und eine vergleichbare Problembewältigung verursacht haben²¹. Als ein gemeinsames Problem hat sich z.B. herausgestellt, daß die nationalen Regierungen und die politischen Parteien in vielfältiger Weise versuchen, auf den Hörfunk und das Fernsehen Einfluß zu nehmen. Die Rundfunkgesetzgeber haben daher durchgängig Vorkehrungen geschaffen, um diesen Gefahren für die Unabhängigkeit der Programmgestaltung entgegenzuwirken.

An den Gemeinsamkeiten der jeweiligen nationalen Rundfunkregulierung haben sich auch die Europäische Gemeinschaft und der Europarat orientiert, als sie sich mit der Ausarbeitung der Fernsehrichtlinie und des Fernsehübereinkommens darum bemüht haben, eine die verschiedenen Regelungswerke übergreifende Rahmenordnung für den grenzüberschreitenden Rundfunk zu schaffen²². Die Vorschriften der betroffenen Staaten mußten in der Umsetzungsphase den europarechtlichen Vorgaben angepaßt werden, was eine Angleichung der nationalen Rechtsordnungen weiter gefördert hat²³. Gleichwohl ist mit ihrem Inkrafttreten das Harmonisierungspotential noch nicht erschöpft. Sowohl die Fernsehrichtlinie wie auch das Fernsehübereinkommen beziehen sich im wesentlichen auf wirtschaftlich relevante Problemstellungen. Die demokratie- und kulturbezogenen Aspekte der Rundfunktätigkeit, die bisher im Mittelpunkt der Regulierungsbemühungen der Nationalstaaten standen und deren Gewährleistung für den europäischen Rechtskreis – im Unterschied zum amerikanischen – bisher kennzeichnend war, bleiben nahezu vollständig ausgespart²⁴. Fragen der Konzentrationsbegrenzung, der inhaltlichen Sicherung des Pluralismus, aber auch des Jugendschutzes sind im europäischen Recht nur unzulänglich oder überhaupt nicht geregelt.

In dieser Abhandlung soll ermittelt werden, inwiefern sich in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereits gemeinsame Strukturen des Rundfunkrechts entwickelt haben. Ihr liegt also die Forschungsfrage zugrunde, ob sich in diesen Staaten bereits eine Art europäisches Gemeinrecht des Rundfunks herausgebildet hat. Dabei geht es jedoch nicht darum, die Blickrichtung zu verengen und allein gleiche oder zumindest sehr ähnliche nationale Vorschriften rechtsvergleichend zu dokumentieren und zu analysieren²⁵. Um die anstehende Harmonisierungs-

²⁰ So auch *Geppert*, 137.

²¹ S. insbesondere *Hoffmann-Riem*, *Licensing and Supervision of Broadcasting*, 1995.

²² S. *Kommission der Europäischen Gemeinschaft*, *Fernsehen ohne Grenzen*, 209ff.; 286ff.

²³ Zur Umsetzung der Fernsehrichtlinie s. *Martín-Pérez de Nanclares*, *Die EG-Fernsehrichtlinie*, 181ff.; *Orlandi/Holzsnagel*, *Transposition of the EC „Television without Frontiers“ Directive: Advertising, Sponsorship and Programme Quotas*, 1993.

²⁴ Hierzu im einzelnen Zweiter Teil, Zweites Kapitel, D. S. auch *Hoffmann-Riem*, *Erosionen*, 50f.; *Siebenhaar*, 167.

²⁵ Hierzu jüngst *Martín-Pérez de Nanclares*, *Die EG-Fernsehrichtlinie*, 1995.

aufgabe in Europa sachgerecht zu bewältigen, kann es auf Abweichungen in eher marginalen Fragen der Regulierung nicht ankommen. Von einem europäischen Gemeinrecht des Rundfunks soll daher im folgenden immer dann gesprochen werden, wenn in den Staaten vergleichbare Ziele mit ähnlichen Steuerungskonzepten oder gar mit identischen Instrumenten verfolgt werden. Ein solch weites Begriffsverständnis steht auch nicht im Widerspruch zur bisherigen Übung, da sich im Schrifttum noch kein einheitlicher Gemeinrechtsbegriff herausgebildet hat²⁶.

Soweit in den Rechtsordnungen gemeinsame Regelungsansätze gefunden werden, könnte dies die Grundlage für eine weitere Harmonisierung auf europäischer Ebene darstellen. Die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme müßte aber weiterhin jeweils bereichsspezifisch begründet werden. Darüber hinaus könnte auf Prämissen und Steuerungskonzepte gemeinrechtlicher Lösungen zurückgegriffen werden, wenn zukünftige Regulierungsprobleme, die z. B. mit der Einführung digitaler Techniken und multimedialer Angebote entstehen werden, im Kontext hergebrachter Traditionen zu bewältigen sind. Schließlich kann diese rechtsvergleichend angelegte Studie als Ideenlieferant dienen, um das nationale rundfunkrechtliche Instrumentarium zu verbessern²⁷. Aus den Erfahrungen anderer Staaten kann auch gelernt werden, ob eine in der aktuellen Diskussion befindliche rechtliche Regelung die gewünschten Effekte zeitigen kann oder nicht.

Im ersten Teil der Arbeit wird die Rundfunkentwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten nachgezeichnet. Im einzelnen werden die Ursprünge und wesentlichen Entwicklungsetappen von fünf, für die europäische Situation typischen Rundfunkordnungen skizziert. Dabei wird der Frage nachgegangen, welche grundlegenden, vergleichbaren Problemstellungen der Regulierung sich bisher ergeben haben. Dieser historisch-politisch orientierte Einstieg verfolgt das Ziel, in die unterschiedlichen Rundfunksysteme einzuführen und erste Selektionskriterien für den späteren Rechtsvergleich zu ermitteln.

Die gemeinsamen normativen Grundlagen der nationalen Rundfunkordnungen sind der Gegenstand des zweiten Teils. Zunächst wird das in den ausgewählten Staaten jeweils gültige Konzept der Kommunikations- bzw. Rundfunkfreiheit vorgestellt und untersucht, ob sich ein ähnliches Verständnis der verfassungsnormativen Prämissen der Rundfunkordnung herausgebildet hat. Vereinheitlichungstendenzen des nationalen Rechts sind insbesondere durch die Aktivitäten

²⁶ Der Begriff „Gemeinrecht“ wird vielmehr in verschiedensten Zusammenhängen und mit sehr unterschiedlicher Bedeutung verwandt. *Bullinger*, Öffentliches Recht und Privatrecht, 81f., versteht z. B. unter Gemeinrecht ein allgemeines Recht des staatlichen Gemeinwesens für Rechtsverhältnisse, das die traditionelle Unterscheidung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht ablösen soll. *Häberle* bezeichnet mit Gemeinrecht gemeinsame Rechtsgrundsätze von Staat und Kirche (JZ 1966, 384 (384ff.)) oder von Staat und Völkergemeinschaft (AöR 1967, 257 (279f.)). Schließlich wird der Gemeinrechtsbegriff auch eingesetzt, um einen Grundbestand allgemein anerkannter Rechtsprinzipien i. S. eines Natur- oder Vernunftrechts zu charakterisieren. So wohl *Esser*, 344ff.

²⁷ Zu dieser allgemeinen Aufgabe der Rechtsvergleichung s. *Ebert*, 174ff.; *Constantinesco*, 331ff.; *Heldrich*, 749; *Zweigert/Kötz*, 17ff.

der Europäischen Union ausgelöst worden. Das zweite Kapitel befaßt sich daher ausschließlich mit diesen europarechtlichen Vorgaben für die mitgliedstaatlichen Rundfunkordnungen. Zu Beginn werden die medienpolitischen Zielsetzungen und Kompetenzen der Europäischen Union resümiert. Daraufhin wird auf die Umsetzung der Grundfreiheiten des EG-Vertrages im Rundfunksektor eingegangen. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen dabei die Vorschriften über die Dienstleistungs- und Wettbewerbsfreiheit. Abschließend werden die Bemühungen der Europäischen Kommission kritisch beleuchtet, nationale rundfunkrechtliche Vorschriften per Richtlinie zu harmonisieren. Im letzten Kapitel werden die Aktivitäten des Europarates im Rundfunkbereich abgehandelt, da auch sie zur Annäherung des nationalen Rechts geführt haben.

Auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Rundfunkordnungen wird im dritten Teil eingegangen. Es wird ermittelt, ob sich Vereinheitlichungstendenzen bis in das einfache Gesetzesrecht feststellen lassen. Zunächst werden die allgemeinen Strukturvorgaben für öffentliche und private Rundfunkbetriebe nachgezeichnet. Es werden z.B. die zentralen Rechtsgrundlagen, die Organisation und Finanzierung des öffentlichen Rundfunks sowie die Zulassung und die Beaufsichtigung der privaten Anbieter vorgestellt. Anschließend wird das nationale und europäische Rundfunkrecht in ausgewählten Bereichen und zwar in Form eines Querschnittvergleichs dargestellt. Untersuchungsfelder sind die Programmsteuerung, die Sicherung kultureller Identität, die Förderung der Programmindustrie, die Zugangsrechte zum Rundfunk sowie die Maßnahmen zur Konzentrationsbegrenzung, zur Werbebeschränkung sowie zum Jugend- und Persönlichkeitsschutz. In einer abschließenden Gesamtschau wird auf die Bedeutung der gefundenen Gemeinsamkeiten und Unterschiede eingegangen.

Im letzten Teil ist zu erörtern, welche neuen Gefährdungen für die Realisierung der normativen Prämissen der Rundfunkordnungen bereits entstanden bzw. schon jetzt absehbar sind. Zudem soll der Versuch unternommen werden, Wege aufzuzeigen, auf denen ihnen begegnet und damit das Rundfunkrecht, anknüpfend an die gemeinsame europäische Rechtstradition, weiterentwickelt werden könnte.

Erster Teil

Rundfunkentwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

A. Einleitung

Die Entwicklung der Europäischen Rundfunkordnung und die Geschichte ihrer Regulierung haben sich jenseits aller nationalen und kulturellen Besonderheiten in historischen Etappen vollzogen, die durch eine jeweils in sich vergleichbare politische und technologische Entwicklung geprägt waren. In der *Anfangsphase* des Rundfunks in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts wurden die technologischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Verbreitung des neuen Mediums in den Ländern Europas geschaffen. Die anschließende *Phase des II. Weltkrieges* ist geprägt durch die Nutzung des Rundfunks zu Propagandazwecken und damit durch die Stärkung des staatlichen Einflusses auf die nationalen Rundfunkveranstalter. In der *Nachkriegszeit* vollzogen sich Ausbau und Reform des öffentlichen Rundfunks, bis sich mit der *Einführung des privaten Rundfunks* in allen europäischen Staaten duale Rundfunkordnungen herausgebildet hatten. Den vorläufigen Schlußpunkt der Entwicklung setzen die Erprobung und die *Einführung der neuen Technologien* in den nationalen und internationalen Rundfunkmärkten.

Diese Entwicklung des europäischen Rundfunks wird im folgenden Kapitel am Beispiel von fünf Staaten nachgezeichnet. Als Untersuchungsfelder wurden Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien ausgewählt, die von der Rezipientenzahl, der Anzahl der Rundfunkanbieter und ihrer ökonomischen Bedeutung in etwa vergleichbar sind. Zudem haben diese Staaten, vor allem aber Deutschland, Frankreich und Großbritannien, in der Vergangenheit einen erheblichen, zum Teil vorherrschenden Einfluß auf die vereinheitlichende Rechtssetzung der Europäischen Gemeinschaft ausgeübt. Ihre rundfunkrechtlichen Vorschriften sind daher in vielen Bereichen zum Vorbild für eine europäische Regulierung geworden. Zumindest mußten die nationalen Traditionen bei einer Kompromißfindung auf dieser Ebene berücksichtigt werden.

Darüber hinaus weisen diese Rundfunkordnungen jedoch jeweils eine besondere Typik auf, die eine vergleichende Untersuchung als besonders lohnend erscheinen läßt. Die Bundesrepublik ist durch den föderativen Aufbau ihres Rundfunksystems und die ausschließliche Regulierungskompetenz der Bundesländer

gekennzeichnet. Die Rundfunkordnung der französischen Republik ist demgegenüber von einem gegenläufigen Strukturprinzip geprägt. In ihm spiegelt sich die Tradition des strikt zentralistischen Staatsaufbaus wider. Die Entwicklung in Spanien ist von besonderem Interesse, weil der Hörfunk und das Fernsehen in diesem Land relativ lange einer direkten Kontrolle durch eine autoritäre Regierung ausgesetzt waren. Eine demokratische Umgestaltung der Rundfunkordnung, die sich an westeuropäischen Vorbildern orientierte, konnte erst Mitte der siebziger Jahre eingeleitet werden. Für den britischen Rundfunk ist hingegen seine traditionell große Unabhängigkeit gegenüber dem Staat typisch. In Italien lassen sich die Gefahren einer exzessiven Kommerzialisierung des Rundfunksystems studieren. Denn hier konnten sich private Hörfunk- und Fernsehtätigkeiten bis zu Beginn der neunziger Jahre fast ohne regulative Begrenzungen entfalten.

So ermöglicht die Beschäftigung mit den fünf genannten Rundfunkordnungen einen Überblick über die Rechtsentwicklung im europäischen Rundfunkwesen auf der Grundlage der gemeinsamen historischen Rahmendaten einerseits, unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten andererseits. Hierbei werden sich trotz aller politischen und kulturellen Differenzen strukturelle Gemeinsamkeiten in der Entwicklung zeigen, die auf ein europäisches Gemeinrecht im Rundfunkwesen hindeuten. Die wichtigsten Aufmerksamkeitsfelder für die Regulierung von Hörfunk und Fernsehen sind herauszuarbeiten, um auf diese Weise die Selektionskriterien für die rechtsvergleichende Untersuchung zu gewinnen.

B. Bundesrepublik Deutschland

I. Einführung

Die deutsche Rundfunkordnung ist stark durch die Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus geprägt worden. Der Hörfunk war hier als wirksames Mittel der politischen Propaganda und Unterwerfung mißbraucht worden. In der Nachkriegszeit legten die westlichen Besatzungsmächte daher großen Wert darauf, ein unabhängiges und an der Vielfalt der in der Gesellschaft vertretenen Meinungen orientiertes Rundfunksystem zu schaffen. Als Vorbild fungierte die britische BBC, die als überparteiliche und gemeinwohlorientierte Rundfunkanstalt weltweite Achtung erlangt hatte. Ein wesentliches Kennzeichen des deutschen Rundfunks ist des weiteren sein föderalistischer Aufbau. Die öffentlichen Rundfunkanstalten wurden nach einer Übergangsphase durch Konzessionen der Besatzungsmächte auf der Grundlage von Staatsverträgen errichtet, an denen mehrere Bundesländer beteiligt waren. Auch die Zulassung privater Veranstalter in den achtziger Jahren ging zunächst auf die Initiative einzelner Länder zurück. Einen wesentlichen Einfluß auf die Ausgestaltung der neuen dualen Rundfunkordnung hat das Bundesverfassungsgericht genommen. Als eine Art Ersatzgesetzgeber haben die Verfassungsrichter Grundlinien für die Zuordnung von öffentli-

chem und privatem Rundfunk aufgestellt, die die Länder bei der Ausformulierung ihrer Rundfunkgesetze zu beachten hatten.

II. Anfangsphase

Der Aufbau eines allgemeinen „Unterhaltungsrundfunks“ ist unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg von der Deutschen Reichspost initiiert und unter der Leitung ihres Staatssekretärs Hans Bredow zielstrebig vorangetrieben worden¹. Die Zuständigkeit der Reichspost begründete sich aus dem Telegrafengesetz, das ihr das alleinige Recht einräumte, Funkanlagen zu errichten und zu betreiben². Da es der Reichspost aufgrund der staatlichen Finanzkrise unmöglich war, ihr Vorhaben eigenständig zu finanzieren, bemühte sich Bredow frühzeitig um eine Beteiligung kapitalkräftiger privater Interessengruppen³. Zu diesem Zweck wurden neun regionale Rundfunkgesellschaften des privaten Rechts gegründet. Die Gesellschaften hatten die Aufgabe, Rundfunkprogramme herzustellen, die mittels posteigener Anlagen aufgenommen und ausgestrahlt werden sollten. Die Berliner „Radio Stunde AG“ nahm dann im November 1923 den ersten regelmäßigen Hörfunkprogramm Dienst in Deutschland auf⁴.

Trotz der privatrechtlichen Organisationsweise des deutschen Rundfunks sicherte sich die Reichspost in den Anfangsjahren einen vorherrschenden Einfluß⁵. Durch den Zusammenschluß der Programmgesellschaften in der Reichsrundfunkgesellschaft, die 1925 mit den Aufgaben eines zentralen Dachverbandes betraut wurde, konnte diese Stellung weiter ausgebaut werden. Zunächst erhielt die Reichspost 51 Prozent der Geschäftsanteile der Reichsrundfunkgesellschaft. Diese Vergünstigung stellte eine Gegenleistung für die Erteilung der Genehmigung dar, die seit 1926 für die Benutzung von Fernsendeanlagen nach dem Telegrafengesetz erforderlich war. Die Reichspost beherrschte aber auch die einzelnen Programmgesellschaften, da diese Anteile ihres Aktienkapitals und die Mehrheit ihrer Stimmrechte auf die Reichsrundfunkgesellschaft übertragen hatten⁶. Die Interessen der Reichspost gegenüber der Reichsrundfunkgesellschaft und den Programmgesellschaften wurden durch einen Rundfunkkommissar wahrgenommen⁷.

Die rechtlichen Beziehungen zwischen der Reichspost und den Programmgesellschaften wurden durch Richtlinien geregelt, die den Genehmigungen beige-

¹ Von Heister, 25ff.; Lerg, Funk und Presse, 30ff.; Bredow, 17ff.

² Gellner, 28.

³ Pohle, Rundfunk, 27ff.; Lerg, Rundfunkpolitik, 247; Böckenförde/Wieland, AfP 1982, 77 (80).

⁴ Herrmann, 60 Jahre Rundfunkrecht, 3; Fessmann, 19.

⁵ Hierzu Pohle, Rundfunk, 47ff.; Gabriel-Bräutigam, 66f.; Hoffmann-Riem, Der Schutz der Meinungsäußerungsfreiheit, 89 (89).

⁶ Fessmann, 66f.

⁷ Pohle, Rundfunk, 42ff.; Fessmann, 66, 68f.

fügt waren⁸. Mit der Aufstellung der Richtlinie sollte ein offener Konflikt um die Zuständigkeit im Rundfunkwesen vermieden werden, der sich mit dem wachsenden Einfluß des Hörfunks auf die öffentliche Meinungsbildung zuspitzte. Die Länder leiteten ihre Regelungskompetenz aus der ihr zustehenden Kulturhoheit ab, währenddessen das Reich auf seine Funkhoheit verwies. Die Richtlinien eröffneten den staatlichen Stellen Einflußmöglichkeiten, die einer Zensur nahekamen. Die Programmgesellschaften durften nur die politischen Informationssendungen verbreiten, die ihnen von der Nachrichtenstelle der „Drahtloser Dienst AG für Buch und Presse“ zugeliefert wurden⁹. Diese Gesellschaft befand sich jedoch mehrheitlich im Eigentum des Reichsinnenministeriums. Zudem wurde ein politischer Überwachungsausschuß eingesetzt, in dem Repräsentanten des Reichs und der Länder vertreten waren¹⁰. Der Ausschuß hatte über alle mit der Programmgestaltung zusammenhängenden politischen Fragen zu entscheiden. Über die Zulässigkeit programmlicher Darbietungen auf dem Gebiet von Kunst, Wissenschaft und Volksbildung befand ein Kulturbeirat¹¹, dessen Mitglieder von der zuständigen Landesregierung im Einvernehmen mit dem Reichsinnenministerium berufen wurden.

Durch die „Leitsätze für eine Neuordnung des Rundfunks“ aus dem Jahre 1932¹² wurde der Hörfunk zu einem Staatsrundfunk weiterentwickelt. Die Vorschriften waren durch die Reichsregierung geprägt, die den Hörfunk zukünftig als ihr Sprachrohr nutzen wollte. Die Reichspost, die traditionell die Unabhängigkeit des neuen Mediums von parteipolitischen Interessen betonte, konnte ihre Vorstellungen in der Schlußphase der Weimarer Republik nicht mehr durchsetzen. Die noch in privater Hand befindlichen Anteile der Reichsrundfunkgesellschaft und der Programmgesellschaften wurden daher auf das Reich und die Länder übertragen. Zudem durfte das Reichsinnenministerium einen Reichsrundfunkkommissar einsetzen, der nun ausschließlich für die Programmgestaltung zuständig war. Für die regionalen Programmgesellschaften wurden ebenfalls Rundfunkkommissare eingesetzt, die vom Land ernannt wurden und der Weisungsbefugnis des Reichsrundfunkkommissars unterworfen waren.

III. Rundfunk als Propagandainstrument der Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten begannen sofort nach ihrer Machtergreifung, den Rundfunk systematisch für ihre Propagandazwecke zu nutzen¹³. Die Rundfunkreform des Jahres 1932 erleichterte dieses Vorhaben. Das neugeschaffene Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, dem Dr. Joseph Göbbels vor-

⁸ Hierzu BVerfGE 12, 205 (208, 232); *Wieland*, 111f.; *Fessmann*, 73.

⁹ BVerfGE 12, 205 (232); *Halefeldt*, 45f.; *Lerg*, Rundfunkpolitik, 249.

¹⁰ BVerfGE 12, 205 (233); *Lerg*, Rundfunkpolitik, 372ff.; *Gabriel-Bräutigam*, 68f.

¹¹ *Gellner*, 30; *Fessmann*, 66.

¹² Hierzu *Wieland*, 114ff.; *Fessmann*, 74ff., 82ff.; *Pohle*, Rundfunk, 118ff.

¹³ BVerfGE 12, 205 (210); *Diller*, 56ff.; *Pilz*, 10ff.

Verzeichnis höchstrichterlicher Entscheidungen

Bundesverfassungsgericht

BVerfGE 12, 205	BVerfGE 73, 118
BVerfGE 14, 121	BVerfGE 74, 297
BVerfGE 31, 314	BVerfGE 80, 74
BVerfGE 34, 160	BVerfGE 83, 238
BVerfGE 46, 120	BVerfGE 87, 181
BVerfGE 47, 198	BVerfGE 89, 155
BVerfGE 57, 295	BVerfGE 90, 60
BVerfGE 60, 53	BVerfG EuGR 1995, 125
BVerfGE 63, 131	

Conseil Constitutionnel

Décision vom 16. 7. 1971, Journal Officiel vom 18. 7. 1971, 7114
Décision no. 78–96 DC vom 27. 8. 1978, Journal Officiel vom 29. 8. 1978, 2949
Décision no. 81–129 DC vom 30./31. 10. 1981, Journal Officiel vom 1. 11. 1981, 2997
Décision no. 82–141 DC vom 27. 7. 1982, Journal Officiel vom 29. 7. 1982, 2422
Décision no. 84–176 DC vom 25. 7. 1984, Journal Officiel vom 28. 7. 1984, 2492
Décision no. 84–181 DC vom 10./11. 10. 1984, Journal Officiel vom 13. 10. 1984, 3200
Décision no. 86–210 DC vom 29. 7. 1986, Journal Officiel vom 30. 7. 1986, 9393
Décision no. 86–217 DC vom 18. 9. 1986, Journal Officiel vom 19. 9. 1986, 11294
Décision no. 88–248 DC vom 17. 1. 1989, Journal Officiel vom 18. 1. 1989, 754
Décision no. 93–333 DC vom 21. 1. 1994, Journal Officiel vom 26. 1. 1994, 1377

Corte Costituzionale

Sentenza 13 luglio 1960, n. 59, Giurisprudenza Italiana 1960, Parte I, 1297ff
Sentenza 10 luglio 1974, n. 225, Il Foro Italiano 1974, Parte I, 1945
Sentenza 10 luglio 1974, n. 226, Il Foro Italiano 1974, Parte I, 1945
Sentenza 28 luglio 1976, n. 202, Il Foro Italiano 1976, Parte I, 2066
Sentenza 21 luglio 1981, n. 148, Il Foro Italiano 1981, Parte I, 2094
Sentenza 13 maggio 1987, n. 153, Il Foro Italiano 1987, Parte I, 1965
Sentenza 14 luglio 1988, n. 826, Il Foro Italiano 1988, Parte I, 2477
Sentenza 7 dicembre 1994, n. 420, Il Foro Itaiano 1995, Parte I, 4

Europäischer Gerichtshof

- EuGH 15. 7. 1964 – Rs 6/64 (Costa/ENEL), Slg. 1964, 1251
EuGH 12. 11. 1969 – Rs 29/69 (Stauder), Slg. 1969, 419
EuGH 17. 12. 1970 – Rs 11/70 (Internationale Handelsgesellschaft), Slg. 1970, 1125
EuGH 21. 2. 1973 – Rs 6/72 (Europemballage & Continental Can), Slg. 1973, 215
EuGH 22. 1. 1974 – Rs 6–7/73 (Istituto Chemioterapico Italiano), Slg. 1974, 223
EuGH 27. 3. 1974 – Rs 127/73 (BRT II), Slg. 1974, 313
EuGH 30. 4. 1974 – Rs 155/73 (Sacchi), Slg. 1974, 409
EuGH 14. 5. 1974 – Rs 4/73 (Nold), Slg. 1974, 491
EuGH 21. 6. 1974 – Rs 2/74 (Reyners), Slg. 1974, 631
EuGH 3. 7. 1974 – Rs 9/74 (Casagrande), Slg. 1974, 773
EuGH 3. 12. 1974 – Rs 33/74 (van Binsbergen), Slg. 1974, 1299
EuGH 4. 12. 1974 – Rs 41/74 (van Duyn), Slg. 1974, 1357
EuGH 12. 12. 1974 – Rs 36/74 (Walrave), Slg. 1974, 1405
EuGH 26. 2. 1975 – Rs 67/74 (Bonsignore), Slg. 1975, 297
EuGH 28. 10. 1975 – Rs 36/75 (Rutili), Slg. 1975, 1219
EuGH 26. 11. 1975 – Rs 39/75 (Coenen), Slg. 1975, 1547
EuGH 14. 7. 1976 – Rs 13/76 (Donà), Slg. 1976, 1333
EuGH 16. 1. 1977 – Rs 13/77 (GB-Inno), Slg. 1977, 2115
EuGH 27. 10. 1977 – Rs 30/77 (Bouchereau), Slg. 1977, 1999
EuGH 18. 1. 1979 – Rs 110–111/78 (Wesemael), Slg. 1979, 35
EuGH 7. 2. 1979 – Rs 115/78 (Knooks), Slg. 1979, 399
EuGH 13. 12. 1979 – Rs 44/79 (Hauer), Slg. 1979, 3727
EuGH 18. 3. 1980 – Rs 62/79 (Coditel I), Slg. 1980, 881
EuGH 18. 3. 1980 – Rs 52/79 (Debauve), Slg. 1980, 833
EuGH 19. 6. 1980 – Rs 41–121–796/79 (Testa), Slg. 1980, 1979
EuGH 26. 6. 1980 – Rs 136/79 (National Panasonic), Slg. 1980, 2033
EuGH 29. 10. 1980 – Rs 209–215 u. 218/78 (van Landewyck), Slg. 1980, 3125
EuGH 14. 7. 1981 – Rs 172/80 (Züchner), Slg. 1981, 2021
EuGH 14. 1. 1982 – Rs 65/81 (Reina), Slg. 1982, 33
EuGH 9. 2. 1982 – Rs 270/80 (Polydor/Harlequin Records), Slg. 1982, 329
EuGH 18. 5. 1982 – Rs 115–116/81 (Adoui und Cornuaille), Slg. 1982, 1665
EuGH 2. 3. 1983 – Rs 7/82 (GVL), Slg. 1983, 483
EuGH 13. 7. 1983 – Rs 152/82 (Focheri), Slg. 1983, 2323
EuGH 10. 7. 1984 – Rs 63/83 (Regina), Slg. 1984, 2689
EuGH 13. 2. 1985 – Rs 293/83 (Gravier), Slg. 1985, 593
EuGH 20. 3. 1985 – Rs 41/83 (Italien/Kommission), Slg. 1985, 873
EuGH 28. 3. 1985 – Rs 298/83 (C/CCE), Slg. 1985, 1105
EuGH 11. 7. 1985 – Rs 60–61/84 (Cinétheque), Slg. 1984, 2605
EuGH 3. 10. 1985 – Rs 311/84 (CBEM/CLT und IPB), Slg. 1985, 3261
EuGH 15. 5. 1986 – Rs 222/84 (Johnston), Slg. 1986, 1651
EuGH 25. 11. 1986 – Rs 201–202/85 (Kleusch), Slg. 1986, 3477
EuGH 4. 12. 1986 – Rs 205/84 (Kommission/Deutschland), Slg. 1986, 3755
EuGH 30. 9. 1987 – Rs 12/86 (Demirel), Slg. 1987, 3719
EuGH 25. 2. 1988 – Rs 427/85 (Kommission/Deutschland), Slg. 1988, 1123
EuGH 20. 4. 1988 – Rs 204/87 (Bekaert), Slg. 1988, 2029
EuGH 26. 4. 1988 – Rs 352/85 (Bond van Adverteerders), Slg. 1988, 2085
EuGH 5. 10. 1988 – Rs 196/87 (Steymann), Slg. 1988, 6159
EuGH 17. 12. 1988 – Rs 279/80 (Webb), Slg. 1988, 3305
EuGH 26. 2. 1989 – Rs C-198/89 (Kommission/Griechenland), Slg. I-1991, 727
EuGH 11. 4. 1989 – Rs 66/86 (Ahmed Saeed Flugreisen), Slg. 1989, 803
EuGH 18. 5. 1989 – Rs 249/86 (Kommission/Deutschland), Slg. 1989, 1263

- EuGH 30. 5. 1989 – Rs 242/87 (Kommission/Rat), Slg. 1989, 1425
 EuGH 13. 7. 1989 – Rs 5/88 (Wachauf), Slg. 1989, 2609
 EuGH 21. 9. 1989 – Rs 46/87 – 227/88 (Hoechst), Slg. 1989, 2859
 EuGH 27. 9. 1989 – Rs 130/88 (van de Bijl), Slg. 1989, 3039
 EuGH 17. 10. 1989 – Rs 97–99/87 (Dow Chemical Ibérica), Slg. 1989, 3165
 EuGH 18. 10. 1989 – Rs 374/87 (Orkem), Slg. 1989, 3283
 EuGH 26. 2. 1991 – Rs 154/89 (Kommission/Frankreich), Slg. I-1991, 659
 EuGH 26. 2. 1991 – Rs C-180/89 (Kommission/Italien), Slg. I-1991, 709
 EuGH 23. 4. 1991 – Rs C-41/90 (Höfner/Elser), Slg. I-1991, 1979
 EuGH 18. 6. 1991 – Rs C-260/89 (ERT), Slg. I-1991, 2925
 EuGH 10. 7. 1991 – Rs T-69/89 (RTE), Slg. II-1991, 485
 EuGH 10. 7. 1991 – Rs T-70/89 (BBC), Slg. II-1991, 535
 EuGH 10. 7. 1991 – Rs T-76/89 (ITP), Slg. II-1991, 575
 EuGH 25. 7. 1991 – Rs C-76/90 (Säger), Slg. I-1991, 4221
 EuGH 25. 7. 1991 – Rs C-353/89 (Kommission/Niederlande), Slg. I-1991, 4069
 EuGH 25. 7. 1991 – Rs C-288/89 (Gouda), Slg. I-1991, 4007
 EuGH 4. 10. 1991 – Rs C-159/90 (Protection of Unborn Children), Slg. I-1991, 4685
 EuGH 24. 1. 1992 – Rs T-44/90, (La Cinq/Kommission), Slg. II-1992, 1
 EuGH 19. 3. 1992 – Rs C-60/91 (Morais), Slg. I-1992, 2085
 EuGH 22. 9. 1992 – Rs C-153/91 (Camille Petit), Slg. I-1992, 4973
 EuGH 16. 12. 1992 – Rs C-211/91 (Kommission/Belgien), Slg. I-1992, 6757
 EuGH 3. 2. 1993 – Rs C-148/91 (Vereniging Veronica), Slg. I-1993, 487
 EuGH 5. 10. 1994 – Rs C-23/93 (TV 10 SA), EuZW 1995, 61

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

- EGMR, 7. 12. 1976 (Handyside), Publ. Court, Series A, vol. 24
 EGMR, 26. 4. 1979 (Sunday Times), Publ. Court, Series A, vol. 30
 EGMR, 25. 3. 1983 (Silver), Publ. Court, Series A, vol. 61
 EGMR, 25. 3. 1985 (Barthold), Publ. Court, Series A, vol. 90
 EGMR, 8. 6. 1986 (Lingens), Publ. Court, Series A, vol. 103
 EGMR, 24. 11. 1986 (Gillow), Publ. Court, Series A, vol. 109
 EGMR, 26. 3. 1987 (Leander), Publ. Court, Series A, vol. 116
 EGMR, 24. 3. 1988 (Olsson), Publ. Court, Series A, vol. 130
 EGMR, 24. 5. 1988 (Müller), Publ. Court, Series A, vol. 133
 EGMR, 22. 2. 1989 (Barford), Publ. Court, Series A, vol. 149
 EGMR, 20. 11. 1989 (Markt intern), Publ. Court, Series A, vol. 165
 EGMR, 28. 3. 1990 (Groppera), Publ. Court, Series A, vol. 173
 EGMR, 24. 4. 1990 (Kruslin), Publ. Court, Series A, vol. 176
 EGMR, 22. 5. 1990 (Autonic), Publ. Court, Series A, vol. 178
 EGMR, 23. 5. 1991 (Oberschlick), Publ. Court, Series A, vol. 204
 EGMR, 26. 11. 1991 (Observer and Guardian), Publ. Court, Series A, vol. 216
 EGMR, 24. 11. 1993 (Informationsverein Lentia), Publ. Court, Series A, vol. 276

House of Lords/Court of Appeal

- R. v. Secretary of State for the Home Department, ex parte Brind, (1991) 1 All England Law Reports, 720 (House of Lords)
 Derbyshire County Council v. Times Newspapers Ltd and others, (1993) 1 All England Law Reports, 1011 (House of Lords)

Rantzen v. Mirror Group Newspapers (1986) Ltd and others, (1993) 4 All England Law Reports, 975 (Court of Appeal)

Tribunal Constitucional

Sentencia 6/1981, de 16 de marzo de 1981, Jurisprudencia Constitucional 1981, 112
Sentencia 12/1982, de 31 de marzo de 1982, Jurisprudencia Constitucional 1982, 160
Sentencia 74/1982, de 7 de diciembre de 1982, Jurisprudencia Constitucional 1982, 451
Sentencia 79/1982, de 20 de diciembre de 1982, Jurisprudencia Constitucional 1982, 511
Sentencia 104/1986, de 17 de julio de 1986, Jurisprudencia Constitucional 1986, 559
Sentencia 159/1986, de 16 de diciembre de 1986, Jurisprudencia Constitucional 1986, 471
Sentencia 144/1987, de 23 de septiembre de 1987, Jurisprudencia Constitucional 1987, 10
Sentencia 121/1989, de 3 de julio de 1989, Jurisprudencia Constitucional 1989, 515
Sentencia 206/1990, de 17 de diciembre de 1990, Jurisprudencia Constitucional 1990, 738
Sentencia 189/1991, de 3 de octubre, Boletín de Jurisprudencia Constitucional 1991, 5
Sentencia 127/1994, de 5 de mayo, Boletín de Jurisprudencia Constitucional 1994, 40

Verzeichnis maßgeblicher Rechtsvorschriften

Bundesrepublik Deutschland

I. Verfassungen

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, abgedruckt in: Kimmel, 45.
Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946, GVBl. 1946, 333.

II. Gesetze

1. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Gesetz über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Radio Bremen“ (Radio Bremen Gesetz – RBG) vom 18. Juni 1979, GBl. 1979, 245, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juni 1993, GBl. 1993, 197.

Gesetz über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“ (Bayerisches Rundfunkgesetz – BayRG) vom 10. August 1948, i.d.F. vom 25. Februar 1994, GVBl. 1994, 243.

Gesetz über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts (Bundesrundfunkgesetz – BRFG) vom 29. November 1960, geändert durch Gesetz vom 30. April 1990, BGBl. 1990, 823.

Gesetz über den Hessischen Rundfunk (HRG) vom 2. Oktober 1948, GVBl. 1948, 123, zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. November 1993, GVBl. 1993, 519.

Gesetz über den Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB-G) vom 6. November 1991, GVBl. 1991, 472, zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 1994, GVBl. 1994, 244.

Gesetz über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-G) i.d.F. vom 31. März 1993, GVBl. 1993, 158, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. April 1995, GVBl. 1995, 340.

2. Privater Rundfunk

Landesmediengesetz Baden-Württemberg (LMG BaWü) i.d.F. vom 17. März 1992, GVBl. 1992, 189, zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Februar 1995, GVBl. 1995, 113.

Gesetz über die Entwicklung, Förderung und Veranstaltung privater Rundfunkangebote und anderer Mediendienste in Bayern (Bayerisches Mediengesetz – BayMG) vom 24. November 1992, GVBl. 1992, 584.

Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG) vom 22. Juni 1993, GVBl. 1993, 203.

Hamburgisches Mediengesetz (HMG) vom 20. April 1994, GVBl. 1994, 113.

Gesetz über den privaten Rundfunk in Hessen (Hessisches Privatrundfunkgesetz – HPRG) vom 25. Januar 1995, GVBl. 1995, 87.

- Rundfunkgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (RGMV) vom 29. November 1994, GVBl. 1994, 1058.
- Niedersächsisches Landesrundfunkgesetz (NdsLRG) vom 9. November 1993, GVBl. 1993, 523.
- Rundfunkgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LRG NW) i.d.F. vom 31. März 1993, GVBl. 1993, 172, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. April 1995, GVBl. 1995, 340.
- Rundfunkgesetz des Landes Rheinland-Pfalz (LRG RP) i.d.F. vom 28. Juli 1992, GVBl. 1993, 247, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 1994, GVBl. 1994, 273.
- Rundfunkgesetz für das Saarland (SaarLRG) vom 9. August 1993, GVBl. 1993, 781, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Mai 1994, GVBl. 1994, 781.
- Gesetz über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen (SächsPRG) vom 27. Juni 1991, GVBl. 1991, 178, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Februar 1992, GVBl. 1992, 52.
- Gesetz über den privaten Rundfunk in Sachsen-Anhalt (GPRSA) vom 22. Mai 1991, GVBl. 1991, 87.
- Rundfunkgesetz für das Land Schleswig-Holstein (LRG SH) vom 7. Dezember 1995, GVBl. 1995, 422.
- Thüringer Privatrundfunkgesetz (TPRG) vom 31. Juli 1991, GVBl. 1991, 255.

3. Sonstiges

- Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films i.d.F. vom 25. Januar 1993, BGBl. I 1993, 66.
- Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen i.d.F. vom 8. Juli 1993, BGBl. I 1993, 1169, geändert durch Art. 18 EWR-Ausführungsgesetz vom 27. April 1993, BGBl. I 1993, 512.
- Gesetz über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens, BGBl. I 1978, 1678, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. August 1990, BGBl. I 1990, 726.

III. Staatsverträge

- Rundfunkgebührenstaatsvertrag, abgedruckt in: Bauer/Ory, Nr. 4.4.
- Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR-StV) vom 30. Mai 1991, Thür. GVBl. 1991, 119.
- Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR-StV) vom 17./18. Dezember 1991, Ham. GVBl. 1992, 39.
- Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland (Rundfunkstaatsvertrag) vom 31. August 1991, i.d.F. vom 22. Juni 1995, abgedruckt in: Bauer/Ory, Nr. 4.1.
- Staatsvertrag über den Südwestfunk (SWF-StV) vom 27. August 1951, Rh.-Pf. GVBl. 1952, 71; geändert durch Staatsvertrag vom 16./30. 1. 1987, Rh.-Pf. GVBl. 1987, 50.
- Staatsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks (MedStV) vom 29. Februar 1992, Berl. GVBl. 1992, 150.
- ZDF-Staatsvertrag (ZDF-StV), abgedruckt in: Bauer/Ory, Nr. 4.3.

IV. Satzungen

Satzung der Rundfunkanstalt „Sender Freies Berlin“ i.d.F. vom 5. Dezember 1974, GVBl. 1975, 146, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. 12. 1988, GVBl. 1988, 2225.

Satzung für den „Süddeutschen Rundfunk“ in Stuttgart vom 21. November 1950, i.d.F. vom 6. Juli 1994, GVBl. 1994, 344

V. Richtlinien

ARD-Grundsätze gegen Verharmlosung und Verherrlichung von Gewalt im Fernsehen, Media Perspektiven Dokumentation I/93 Nr. 1.

Verhaltensregeln des Deutschen Werberats über die Werbung für alkoholische Getränke, Media Perspektiven Dokumentation I/93 Nr. 13.

Richtlinien für die Sendungen des „Zweiten Deutschen Fernsehens“ vom 11. Juli 1963 i.d.F. vom 24. März 1995, abgedruckt in: Bauer/Ory, Nr. 4.3.4.

Richtlinien der Landesmedienanstalten zur Gewährleistung des Jugendschutzes (Jugendschutzrichtlinien) vom 13. Dezember 1994, abgedruckt in: Bauer/Ory, Nr. 4.1.1.3.

Gemeinsame Richtlinien der Landesmedienanstalten für die Werbung, zur Durchführung der Trennung von Werbung und Programm und für das Sponsoring im Hörfunk i.d.F. vom 8. November 1994, abgedruckt in: Bauer/Ory, Nr. 4.1.1.6.

ZDF-Richtlinien für Werbung und Sponsoring i.d.F. vom 7. Oktober 1994, abgedruckt in: Bauer/Ory, Nr. 4.3.1.

VI. Sonstiges

Verwaltungsvereinbarung über die Gründung einer Gebühreneinzugszentrale (GEZ) vom 14.5./16. 6. 1975, Neufassung vom 2. 10. 1992/13. 1. 1993, abgedruckt in: ARD-Jahrbuch 1993, Hamburg: Hans-Bredow-Institut, 1993, 385.

Frankreich

I. Verfassung

Verfassung der Republik Frankreich vom 4. Oktober 1958, abgedruckt in: Kimmel, 96.

II. Gesetze

Loi n° 82–652 du juillet 1982 sur la communication audiovisuelle, auszugsweise abgedruckt in: CSA, Loi n° 86–1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication modifiée et complétée, Paris: CSA, 1995, 73.

Loi n° 86–1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication, abgedruckt in: CSA, Loi n° 86–1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication modifiée et complétée, Paris: CSA, 1995.

Loi n° 94–665 du 4 août 1994 relative à l'emploi de la langue française, Journal officiel du 5 août 1994, 11392.

III. Verordnungen

- Décret n° 82-902 du 20 octobre 1982 portant approbation des statuts et relatif à la répartition du capital de la société nationale de programme Antenne 2, Journal officiel du 21 octobre 1982, 3181.
- Décret n° 82-903 du 20 octobre 1982 portant approbation des statuts et relatif à la répartition du capital de la société nationale de programme France Régions 3, Journal officiel du 21 octobre 1982, 3181.
- Décret n° 82-971 du 17 novembre 1982 relatif à l'assiette et au recouvrement de la redevance pour droit d'usage des appareils récepteurs de télévision et des appareils d'enregistrement et de reproduction des images et du son en télévision, abgedruckt in: Communication audiovisuelle, Volume 1, Paris: Journal Officiel de la République française, 1990, 873.
- Décret n° 87-36 du 26 janvier 1987 pris pour l'application des articles 27- I et 70 de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication et fixant pour certains services de télévision le régime de diffusion des oeuvres cinématographiques et audiovisuelles, Journal officiel du 27 janvier 1987, 946.
- Décret n° 87-43 du 30 janvier 1987 fixant le cahier des charges imposé au cessionnaire de la société Télévision française 1 en application de l'article 62 de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986, Journal officiel du 31 janvier 1987, 1140.
- Décret n° 87-246 du 6 avril 1987 relatif à l'exercice du droit de réponse dans les services de communication audiovisuelle, Journal officiel du 9 avril 1987, 4035.
- Décret n° 90-66 du 17 janvier 1990 pris pour l'application du 2° de l'article 27 et du 2° de l'article 70 de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 modifiée relative à la liberté de communication et fixant les principes généraux concernant la diffusion des oeuvres cinématographiques et audiovisuelles, Journal officiel du 18 janvier 1990, 757.
- Décret n° 90-67 du 17 janvier 1990 pris pour l'application du 3° de l'article 27 de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 modifiée relative à la liberté de communication et fixant les principes généraux concernant la contribution au développement de la production cinématographique et audiovisuelle ainsi que l'indépendance des producteurs à l'égard des diffuseurs, Journal officiel du 18 janvier 1990, 759.
- Décret n° 90-174 du 23 février 1990 pris pour l'application des articles 19 à 22 du code de l'industrie cinématographique et relatif à la classification des oeuvres cinématographiques, Journal officiel du 25 février 1990, 2450.
- Décret n° 92-279 du 27 mars 1992 modifiant le décret n° 90-66 du 17 janvier pris pour l'application du 2° de l'article 27 et du 2° de l'article 70 de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 modifiée relative à la liberté de communication et fixant les principes généraux concernant la diffusion des oeuvres cinématographiques et audiovisuelles, Journal officiel du 28 mars 1992, 4311.
- Décret n° 92-280 du 27 mars 1992 pris pour l'application du 1° de l'article 27 de la loi du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication et fixant les principes généraux concernant le régime applicable à la publicité et au parrainage, Journal officiel du 28 mars 1992, 4313.
- Décret n° 92-882 du 1^{er} septembre 1992 pris pour l'application des articles 33 et 34- I de la loi du 30 septembre 1986 relative à la liberté de communication et fixant le régime applicable aux différentes catégories de services de radiodiffusion sonore et de télévision distribués par câble, Journal officiel du 2 septembre 1992, 11968.
- Décret n° 94-813 du 16 septembre 1994 portant approbation des cahiers des missions et des charges des sociétés France 2 et France 3, Journal officiel du 18 septembre 1994, 13378.
- Décret n° 95-1162 du 6 novembre 1995 modifiant le décret n° 90-67 du 17 janvier 1990 modifié pris pour l'application du 3^e de l'article 27 de la loi n° 86-1067 du 30 septembre 1986 modifiée relative à la liberté de communication, Journal officiel du 7 novembre 1995, 16292.

IV. Entscheidungen

- Décision n° 87-1 du 15 janvier 1987 fixant les règles générales applicables aux services de télévision privés à vocation nationale diffusés en clair par voie hertzienne terrestre, Journal officiel du 27 janvier 1987, 966.
- Décision n° 87-2 du 15 janvier 1987 concernant les obligations particulières applicables aux services de télévision privés à vocation nationale diffusés en clair par voie hertzienne terrestre, Journal officiel du 27 janvier 1987, 967.
- Décision n° 87-13 du 26 février 1987 autorisant l'exploitation d'un service national diffusé en clair par voie hertzienne terrestre (6e chaîne), Journal officiel du 27 février 1987, 2258.
- Décision n° 87-26 du 4 avril 1987 désignant le groupe cessionnaire de 50 p. 100 du capitale de la Société nationale de programme Télévision française 1 et portant autorisation d'utilisation de fréquences à la société Télévision française 1, Journal officiel du 8 avril 1987, 4008.
- Décision n° 92-574 du juin 1992 fixant les heures d'écoute significatives pour M. 6, Journal officiel du 25 juin 1992, 8380.
- Décision n° 93-49 du 24 février 1993 relative aux conditions de production, de programmation et de diffusion des émissions de la campagne électorale, Journal officiel du 26 février 1993, 3050.
- Décision n° 93-55 du 6 mars 1993 relative à l'ordre de diffusion des émissions de la campagne électorale, Journal officiel du 9 mars 1993, 3685.
- Décision n° 93-61 du 9 mars 1993 du Conseil supérieur de l'audiovisuel définissant les modalités de programmation du temps d'émission accordé aux organisations syndicales et professionnelles à l'échelle nationale pour le 1er semestre 1993, Journal officiel du 19 mars 1993, 4313.
- Décision n° 93-603 du 21 septembre 1993 définissant les modalités de programmation du temps d'émission accordé aux formations politiques représentées au Parlement pour l'année 1993, Journal officiel du 28 septembre 1993, 13495.

V. Sonstiges

- Code des débits de boissons et des mesures contre l'alcoolisme, Journal officiel du 31 juillet 1987, 8582.
- Code Électoral, auszugsweise abgedruckt in: CSA, Rapport d'activité du 1er janvier du 31 décembre 1993. Annexes, Paris: CSA, 1993, 254.
- Directive du 5 mai 1989 relative à la protection de l'enfance et de l'adolescence dans la programmation des émissions diffusés par les services de télévision publics et privés, Journal officiel du 26 mai 1989, 6623.
- Recommandation n° 92-6 du 11 décembre 1992 à l'ensemble des services de radiodiffusion et de télévision relative à la campagne électorale législatives des 21 et 28 mars 1993, Journal officiel du 19 décembre 1992, 17430.

*Großbritannien**I. Gesetze*

Broadcasting Act of 1990, Chapter 42, London: HMSO.

II. Orders

The Broadcasting (Restrictions on the Holding of Licences) Order 1991, Statutory Instruments 1991 No. 1176, London: HMSO, 1991.

The Broadcasting (Independent Productions) Order 1991, Statutory Instruments 1991 No. 1408, London: HMSO, 1991.

III. Codes/Rules/Guidelines

Broadcasting Standards Council: A code of practice, Second Edition, London: BBC, November 1994.

Independent Television Commission: Code of Advertising Standards and Practice, London: ITC, December 1995.

Independent Television Commission: Guidance Note on Programme Definitions – Programme Strands and European Programmes, London: ITC, January 1991.

Independent Television Commission: The ITC Code of Programme Sponsorship, London: ITC, January 1994.

Independent Television Commission: The ITC Programme Code, London: ITC, January 1993.

Independent Television Commission: ITC Rules on Advertising Breaks, London: ITC, January 1991.

Radio Authority: Code of Violence, Sex, Taste and Decency, Children and Young People, Appeals for Donations, Religion and Other Matters, London: Radio Authority, January 1991.

Radio Authority: Ownership Guidelines, London: Radio Authority, April 1991.

Radio Authority: Programme Code 1 – News Programmes and Coverage of Matters of Political or Industrial Controversy or Relating to Current Public Policy, London: Radio Authority, January 1991.

IV. Sonstiges

Aide Mémoire, abgedruckt in: BBC, Annual Report and Accounts 1990/91, London: BBC, 1991, 109.

Licence and Agreement granted to and concluded with the British Broadcasting Corporation, abgedruckt in: BBC, Annual Report and Accounts 1990/91, London: BBC, 1991, 105.

Resolution of the Board of Governors of the British Broadcasting Corporation dated 8th January 1981, abgedruckt in: BBC, Annual Report and Accounts 1990/91, London: BBC, 1991, 109.

Royal Charter of the BBC, abgedruckt in: BBC, Annual Report and Accounts 1990/91, London: BBC, 1991, 101.

Italien

I. Verfassung

Verfassung der Republik Italien vom 27. Dezember 1947, abgedruckt in: Kimmel, 207.

II. Gesetze

Legge 14 aprile 1975, n. 103, Nuove norme in materia di diffusione radiofonica e televisiva (1/ a), Gazzetta Ufficiale n. 102 del 17 aprile 1975.

Legge 6 agosto 1990, n. 223, Disciplina del sistema radiotelevisivo pubblico e privato, Gazzetta Ufficiale n. 185 del 9 agosto 1990.

Legge 25 giugno 1993, n. 206, Disposizioni sulla società concessionaria del servizio pubblico radiotelevisione, Gazzetta Ufficiale n. 148 del 26 giugno 1993.

Legge 10 dicembre 1993, n. 515, Disciplina della campagne elettorali per l'elezione alla Camera dei deputati e al Senato della Repubblica, Gazzetta Ufficiale n. 292 del 14 dicembre 1993.

III. Verordnungen

Decreto-Legge 6 dicembre 1984, n. 807 convertito, con modificazioni, nella Legge 4 febbraio 1985, n. 10, Gazzetta Ufficiale n. 336 del 6 dicembre 1984.

Decreto 27 marzo 1991, n. 255; Regolamento di attuazione della legge 6 agosto 1990, n. 223, sulla disciplina del sistema radiotelevisivo pubblico e privato, Gazzetta Ufficiale n. 77 del 1° aprile 1992.

Decreto 4 luglio 1991, n. 439, Regolamento recante norme sulla sponsorizzazione dei programmi radiotelevisivi, Gazzetta Ufficiale n. 19 del 24 gennaio 1992.

Decreto 30 novembre 1991, n. 425, Regolamento concernente attuazione degli articoli 13, 15 e 16 della direttiva del Consiglio delle Comunità europee del 3 ottobre 1989 (89/ 552/ CEE), relativi alla pubblicità televisiva dei prodotti del tabacco e delle bevande alcoliche ed alla tutela dei minorenni, Gazzetta Ufficiale n. 4 del 7 gennaio 1992.

Decreto Legislativo 25 gennaio 1992, n. 74, Attuazione della direttiva 84/450/CEE in materia di pubblicità ingannevole, Gazzetta Ufficiale n. 36 del 13 febbraio 1992.

Decreto-Legge 27 agosto 1993, n. 323, Provvedimenti urgenti in materia radiotelevisiva, Gazzetta Ufficiale n. 202 del 28 agosto 1993.

IV. Sonstiges

Convenzione tra il Ministero delle poste e delle telecomunicazioni e la RAI, 1 agosto 1988, abgedruckt in: RAI, Annuario 1992/93, Roma: RAI, 1992, 363.

Provvedimento 26 gennaio 1994, Regolamento per la disciplina delle trasmissioni di propaganda elettorale, Gazzetta Ufficiale n. 21 del 27 gennaio 1994.

*Spanien**I. Verfassung*

Verfassung des Königreiches Spanien vom 29. Dezember 1978, abgedruckt in: Kimmel, 367.

II. Gesetze

- Ley 4/1980, de 10 de enero, de Estatuto de la Radio y la Televisión, B.O.E. núm 11, 12-1-1980.
- Ley 5/1982, de 20 de mayo, de creación del Ente público Radio televisión Vasca, B.O.P.V. núm. 71, de 2-6-1982.
- Ley 10/1983, de 30 de mayo, de creación del Ente público Corporación Catalana de Radio y Televisión y de regulación de los servicios de radiodifusión y televisión de la Generalidad de Cataluña, DOGC núm. 337, de 14-6-1983.
- Ley 46/1983, de 26 de diciembre, reguladora del tercer canal de televisión, B.O.E. núm. 4, de 5-1-1984, 247.
- Ley orgánica 2/1984, de 26 de marzo, reguladora del derecho de rectificación, B.O.E. núm. 74, de 27-3-1984, 8387.
- Ley 13/1984, de 30 de junio, de creación, organización y control parlamentario del Ente público de Radio Televisión Madrid, B.O.M.A. núm. 158, de 4-7-1984.
- Ley de 4 de julio de 1984, de creación de la Entidad pública RTVV y regulación de los servicios de Radiodifusión y Televisión de la Generalidad Valenciana, B.O.E. núm. 213, de 5-9-1984.
- Ley 9/1984, de 11 de julio, de creación de la compañía de Radio-televisión de Galicia, D.O.G. núm. 148, de 3-8-1984.
- Ley de 11 de diciembre de 1984, Régimen de los servicios dependientes de la comunidad Autónoma de Canarias y participación de la misma en RTVE, B.O.E. núm. 43, de 19-2-85.
- Ley 7/1985, de 22 de mayo, de creación de la compañía de Radio y Televisión de las Islas Baleares, B.O.I.B. núm. 17, de 20-6-1985.
- Ley orgánica 5/1985, de 19 de junio, del Régimen Electoral General, B.O.E. núm. 147, de 20-6-1985.
- Ley Foral 16/1985, de 27 de septiembre, de creación, organización y control parlamentario del Ente público Radio-televisión Navarra, B.O.N. núm. 119, de 2-10-1985.
- Ley 8/1987, de 15 de abril, de creación, organización y control parlamentario de la Corporación Aragonesa de Radio y Televisión, B.O.AR. núm. 46, de 22-4-1987.
- Ley 8/1987, de 9 de diciembre, de creación de la Empresa pública de la Radio y Televisión de Andalucía y regulación de los servicios de Radiodifusión y Televisión gestionados por la Junta de Andalucía, B.O.E. núm. 14, de 16-1-1988, 1593.
- Ley 31/1987, de 18 de diciembre, de ordenación de las telecomunicaciones, B.O.E. núm. 303, de 19-12-1987, 37409.
- Ley orgánica 2/1988, de 3 de mayo, reguladora de la publicidad electoral en emisoras de televisión privada, B.O.E. núm. 108, de 5-5-1988.
- Ley 9/1988, de 11 de noviembre, de creación, organización y control parlamentario de Radio Televisión Murciana, B.O.E. núm. 262, de 15-11-1988.
- Ley 10/1988, de 3 de mayo, de televisión privada, B.O.E. núm. 108, de 5-5-1988, 13666.
- Ley 34/1988, de 11 de noviembre, general de publicidad, B.O.E. núm. 274, de 15-11-1988, 32464.

- Ley orgánica 10/1991, de 8 de abril, de publicidad electoral en emisoras municipales de radiodifusión sonora, B.O.E. núm. 85, de 9-4-1991, 1607.
- Ley 11/1991, de 8 de abril, de organización y control de las emisoras municipales de radiodifusión sonora, B.O.E. núm. 85, de 9-4-1991, 1607.
- Ley 25/1994, de 12 de julio, por la que se incorpora al ordenamiento jurídico español la Directiva 89/552/CEE, sobre la coordinación de disposiciones legales, reglamentarias y administrativas de los Estados miembros relativas al ejercicio de actividades de radiodifusión televisiva, B.O.E. núm. 166, de 13-7-1994, 22343.

III. Sonstiges

- Real decreto 895/1988, de 20 de julio, por el que se regula la fusión de las sociedades Radio Nacional de España, Sociedad Anónima y Radio Cadena Española, Sociedad Anónima, B.O.E. núm. 188, de 6-8-1988, 24438.
- Resolución de la Presidencia sobre aplicación de las normas reglamentarias en el funcionamiento de la comisión de control parlamentario sobre RTVE, B.O.C.G., Congreso de los Diputados, no. 17 de la nueva Serie E, de 23-12-1983.

Europäische Vorschriften

- Europäisches Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen vom 5. Mai 1989 (Fernsehübereinkommen), European Treaty Series 132, Strasbourg: Council of Europe, 1989. Eine deutschsprachige Fassung findet sich in: Europäisches Medienrecht, München: Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 1991, 42.
- Europäisches Übereinkommen über Fragen des Urheberrechts und benachbarter Rechte im grenzüberschreitenden Satellitenrundfunk vom 11. 5. 1994, die englische Fassung findet sich in: European Treaty Series 153, Strasbourg: Council of Europe, 1994.
- Richtlinie des Rates vom 3. Oktober 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehtätigkeit (89/552/EWG), ABl. Nr. L 298 vom 17. Oktober 1989, 23.
- Richtlinie des Rates vom 27. September 1993 zur Koordinierung bestimmter urheber- und leistungsschutzrechtlicher Vorschriften betreffend Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung (93/83/EWG), ABl. Nr. L 248 vom 6. Oktober 1993, 15.
- Satzung des Europarats vom 5. Mai 1949, BGBl. 1950, 263; geändert am 30. 11. 1954, BGBl. II, 1128.
- Statutes of the European Broadcasting Union (EBU), Genf: EBU, 1990.
- Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (Fusionskontrollverordnung), ABl. Nr. L 395 vom 31. 12. 1989, 1.

Stichwortverzeichnis

- Abmahnung 244, 250
- Abonnentenverwaltung 368
- Abrufdienste 103
- Abrechnungssystem 263
- allgemeine
 - Programmgrundsätze 252ff., 339
 - Rechtssätze 150, 153
 - Strukturvorgaben für Rundfunk-tätigkeiten 195ff., 363ff.
- Altersklassifizierungen 336
- Anbiertgemeinschaften 309f.
- Anspruch auf Sendezeit 72, 282, 291
- Anwendbarkeit des EG-Vertrages im Rundfunkwesen 128ff.
- Anzeigepflichten 316
- Anzeigeverfahren 224, 365
- ARD 13f., 19, 23, 28f., 196, 328
- Art. 10 EMRK 153ff.
- Astra-Satelliten 1, 23, 49, 64, 90, 366
- Aufsichts-
 - mittel 243ff.
 - praxis 247f.
 - ratsmodell 205ff.
- Ausgestaltung der Rundfunkordnung 100, 106f., 112, 117
- Ausgestaltungsauftrag 101, 104, 107, 117, 121
- Ausgewogenheit 95, 104, 159, 200, 256, 261, 358
- Auskunftspflichten 315
- Auslandsrundfunk 195
- Außenpluralismus 95, 109, 115, 121, 194, 259, 350, 357
- Auswahl unter mehreren Bewerbern 234ff.
- Autronic-Urteil 154, 156, 158

- Baden-Württemberg-Beschluß 364
- ban of editorialising 261
- Bangemann-Papier 127
- BBC 54f., 68f., 199, 229, 259, 289
- Barthold-Urteil 154
- Beaufsichtigung 194, 239, 373f.
- Beeinflussungsverbot 261f., 321, 329
- Begrenzung für eine Mehrfachbeteiligung 298ff., 375

- Beihilfen 177
- Beiräte 310f.
- Bereitstellung von Sendezeiten an Dritte 280
- Berichtspflichten der Aufsichtsinstanzen 317
- Berlusconi 70, 75, 77, 82
- Bertelsmann-Gruppe 28, 356, 368
- berufsethische Normen 255
- Beschränkungen
 - der Eigenproduktion 278f.
 - der Spotgestaltung, -einfügung und -dauer 324ff.
 - für politische, weltanschauliche und religiöse Werbung 324
- Beschwerde 242, 244, 250, 345f.
- Bestands-
 - garantie 102
 - schutz 238
- binnenpluralistische
 - Konzepte 113f., 257, 265
 - Sicherungen 94
 - Steuerungsinstrumente 104, 121, 309
 - Steuerungsmodelle 200, 249, 293, 349
- binnenstrukturelle Konzentrationsvorkehrungen 309ff.
- Blockwerbegebot 325
- Broadcasting Complaints Commission 67, 222, 227, 242, 244, 250, 341
- Broadcasting Standards Council 67, 222, 227, 242, 244, 250
- Btx-Staatsvertrag 365
- Bundesverfassungsgericht 99ff.

- cash bid 235
- Chancengerechtigkeit 367
- Chancengleichheit 287, 291, 348
 - der Parteien 285
- Channel- 3 52, 66, 68, 262
- Civil-Liberties 109f.
- Conseil Constitutionnel 105ff.
- Corte Costituzionale 111ff.
- cross-ownership 300, 357
- CSA 45ff., 91, 224ff., 242f., 282f., 287, 289, 339

- Daten-
 - autobahn 374
 - kompression 290, 360
- DDR-Rundfunk 24ff.
- Debauve-Urteil 180
- Decreto Berlusconi 76f.
- Dekoder 367, 369
- Deutsche Telekom 368, 370
- Deutschland Fernsehen 14
- diagonale Konzentration 300ff., 304, 357
- dienende Freiheit 99
- Dienstleistungsfreiheit 3, 132ff.
- digitale/r
 - Angebote 361, 364, 368
 - Rundfunk 363, 367f., 372, 376
 - Techniken 5, 363, 376
- Digitalisierung 24, 29, 96, 360, 363, 374
- diskriminierungsfreier Marktzutritt 369
- Doppelmonopole 300, 303, 312
- Drahtloser Dienst AG 10
- Drittel-Regel (règle des trois tiers) 254
- Drittensendungen 280ff., 289
 - der Regierung 288
- droit de replique 289
- duale Rundfunkordnung 27, 45f., 101ff., 107ff., 112ff., 362

- EG-Fernsehrichtlinie 4, 178ff., 191
- EG-Rundfunkpolitik 123ff.
- Einheitsrecht 352
- Einschaltquoten 102, 320
- Entgeltfinanzierung 96, 365
- Entwicklungsgarantie 102
- Erziehungs- und Bildungsauftrag 339
- Europäisches Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen 4, 187ff.
- europäisches
 - Gemeinrecht 4
 - Rundfunkrecht nach dem EG-Vertrag 128ff.
 - Werk 269f.
- Europarat 186ff.
- Eurosport-Konsortium 170
- Eurovisionssystem 167f., 172
- Exklusivvertrag 167, 254, 375
- externe/s
 - Kontrolle 240ff.
 - Unternehmenswachstum 176

- familiengerechte Programme 335
- Federal Communications Commission (FCC) 225
- Fernseh-
 - rat 209
 - richtlinie 4, 178ff., 191
 - übereinkommen 4, 187ff.
 - werbung 182, 320ff.
- Festlegung von Programmanteilen 270ff.
- Filmeinkauf deutscher Fernsehanstalten 167
- Filmförderung 177
- Fixierung von Programmstunden 273f.
- Förderung
 - europäischer Produktionen 269ff.
 - französischer Kultur und Sprache 267
 - nationaler Produktionen 272ff.
 - unabhängiger Produktionen 276ff.
- FRAG-Urteil 100
- France 2 und 3 51, 197, 282
- französischsprachige
 - Produktion 374
 - Werke 273
- Freistellung
 - nach Art. 90 Abs. 2 EGV 163ff.
 - von den Dienstleistungsvorschriften 138ff.
- freiwillige Selbstkontrolle 241, 248, 374
- Frequenzchaos 224
- Fusionskontrolle 172ff.

- Garante 78f., 225f., 229, 246, 287, 316, 327, 344
- GATT-Abkommen 179
- Gebot
 - funktionsgerechter Finanzierung 103
 - journalistischer Fairneß 255
- Gebührenfinanzierung 51, 53, 55, 102f., 177
- Gegendarstellungs-
 - recht 182, 341ff.
 - verpflichtung 245
- Geldbuße 243, 245, 250
- Gemeinrecht 5, 8, 193f., 348f., 355, 363
- gemeinrechtliche Lösungen 355
- Gemeinrechts-
 - begriff 5
 - these 194, 353
- Gemeinschafts-
 - grundrechte 150ff.
 - unternehmen 170
- Gewährung redaktioneller Eigenständigkeit 311
- Gewalt- und Sexdarstellungen 331, 333f.
- Gewohnheitsrecht 249
- Gleichstellung von Mann und Frau 264
- globale
 - Gemeinschaftspolitik im audiovisuellen Bereich 126
 - Informationsgesellschaft 127, 361

- grenzüberschreitender Rundfunk 1, 3f., 125, 132, 137
 Grünbuch
 – über Pluralismus und Medienkonzentration 176
 – Fernsehen ohne Grenzen 124, 178, 187
 grundlegender Verfassungswert 112, 120
 Grundsatz
 – der Staatsfreiheit 120, 288
 – der Verhältnismäßigkeit 147ff., 243
 – der Waffengleichheit 342f., 346
 Grundstandard gleichgewichtiger Vielfalt 104, 260
 Grundversorgung 19, 102, 371, 373

 Harmonisierungs-
 – aufgabe 3
 – bedarf 355
 – maßnahmen 320, 330, 351, 355, 357
 Haute Autorité 29, 36, 41f., 45
 hoheitliches Auswahlmodell 234f., 249

 immanente Vorbehalte des Art. 59 Abs. 1 EGV 144ff.
 imperative Steuerung 348, 351f.
 Independent
 – Broadcasting Authority (IBA) 59f.
 – Local Radio 59
 – Television 56
 – Television Authority 56
 – Television Commission (ITC) 62, 66, 227, 236f., 271, 334, 345
 Information Superhighway 127
 Informations-
 – obliegenheiten 315
 – sendungen 252f., 255f.
 – verein Lenticia-Urteil 155f.
 informelle Vorgehensweise 247, 250
 Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse 246
 Inkompatibilitätsvorschriften 230
 innere Rundfunkfreiheit 311
 Integrationsfunk 29
 Intendant 209
 interaktive Dienste 96, 361
 Internationalisierung 293, 355, 358, 377
 interne/s
 – Kontrolle 239
 – Wachstum 176
 Internet 2
 intramediäre
 – Konzentration 294ff.
 – Verflechtungen 357

 Jugendschutz- 322, 331ff., 359f., 376
 – beauftragte 338

 Kabelpilotprojekte 17, 21
 Kartell- und Mißbrauchsverbot 162ff.
 Kauf- und Produktionsverpflichtungen 274, 276, 278
 Kennzeichnungspflicht 337
 Kinospielefilme 275
 Kirch-Gruppe 28, 305, 356f., 368
 Kommerzialisierung 8, 95, 194
 Kommunikations-
 – freiheit 105f.
 – grundrecht 97
 Kontrahierungszwang 366
 Konverter 367
 Konzentrations-
 – begrenzung 121, 126, 175f., 292ff., 356f., 375f.
 – tendenzen 19, 41, 75, 109, 114f., 257
 kulturelle Überfremdung 269
 Kulturimperialismus 269
 Kulturkompetenz des Art. 128 EGV 130ff.
 Kumulation/s
 – nationaler und regionaler Lizenzen 296, 298
 – regionaler und lokaler Lizenzen 295f., 297f.
 – nationaler Lizenzen 294f., 297
 – und Beteiligungsbegrenzungen 302ff.
 Kurzberichterstattung 254

 La Cinq 40, 50
 Landesmedienanstalten 20, 226, 241f., 249
 Landesrundfunkausschuß 196, 228
 Legge Mammai 77f., 82
 light-touch regulation 61, 66
 Lizenz-
 – auflage 237, 263, 339
 – suspendierung 245
 – versteigerung 263
 – verkürzung 245
 – vertrag 238, 241, 250, 263
 – widerruf 243, 246, 250
 Lizenzierungs-
 – instanzen 224ff.
 – modell 223, 248, 363, 365
 lokale Rundfunkunternehmen 268, 279

 Maastricht-Urteil 131
 MaGill TV Guide Ltd. 169, 171
 Marktanteils-
 – begrenzung 319
 – modell 223, 249, 292

- marktbeherrschende Tageszeitung 301, 303, 310
- Markt-
 - modell 256f., 259, 265f., 292
 - platz der Meinungen 252
 - versagen 257
 - zugang 223, 351
- Media Service GmbH 174, 368
- MEDIA-Programm 127, 269
- Mediawet-Urteil 149
- Medien-
 - kontrollrat 26
 - rat 228f., 248
- mehrfache Programm- und Lizenzträger-schaft 294ff.
- Meinungs-
 - äusserung 342
 - macht 292
 - vielfalt 94, 102, 159, 234f., 252, 258, 362, 370f.
- Merchandising 329
- Minderheiten-
 - interessen 257f.
 - sendungen 266
- Mischfinanzierung 221
- Mißbrauch marktbeherrschender Stellun-gen 235
- monokratisches Leitungsorgan 204f.
- Multimedia-
 - Dienste 128, 360f.
 - Geschäft 375
 - Märkte 2, 69, 96, 376
 - Zeitalter 357
- multimediale
 - Angebote 5, 355, 360, 363
 - Meinungsmacht 293
- Must-Carry-Rules 62, 290

- Nachrichten- und Informationssendung-en 252, 255f.
- Navigationssysteme 363, 368, 371f.
- Near-Video-on-Demand 361, 364, 375
- negativer Jugendschutz 332, 359
- Netz-
 - trägerschaft 308
 - zugang 376
- Niederlassungsfreiheit 232
- Niedersachsen-Urteil 102
- Nordrhein-Westfalen-Urteil 104

- objectif de valeur constitutionnelle 106
- objektiv-rechtlicher Gehalt der Rundfunk-freiheit 100
- offener Kanal 290
- ONP-Richtlinie 366
- Ordre-Public-Klausel des Art. 56 Abs. 1 EGV 140ff.

- Paketangebote 363, 368, 370
- Parteibuchwirtschaft 73
- Parteien- 4, 231, 283ff.
 - einfluß 86
- pax televisia 80f.
- Pay-per-Channel 361
- Pay-per-View 29, 361, 364, 375
- Pay-TV 174, 248, 335, 367, 369, 373, 375
- personenbezogene Zugangsbeschrän- kungen 231ff.
- Persönlichkeitsschutz 340ff.
- Pflichtenhefte 35f., 38, 108, 197, 200, 253, 263, 339
- Pilotprojekte 18, 96, 362
- Piratensender 74, 87
- Plan Cable 46f.
- Plazierung
 - der Gegendarstellung 343
 - von Werbesendungen 325
- Pluralismus 108f., 112, 116f., 122, 143, 158f., 252f., 256f., 261f., 362
- pluralistische
 - Programmebeiträge 121
 - Programmgestaltung 220
 - Vielfalt 121, 183, 193f., 223, 356ff., 363
- politische Werbung 324
- Pornographie 332, 334, 340, 360
- positiver Jugendschutz 332, 338ff.
- Präsentationsregeln 255f.
- Presse-Grosso 369
- Prinzip
 - des Binnenpluralismus 220
 - der begrenzten Einzelermächtigung 128
- Producer-Choice-Modell 69
- Product Placement 329
- Programm-
 - ankündigungen 337
 - auflagen 279
 - auftrag 194, 262
 - beschaffung 166
 - grundsätze 194, 252, 257, 358
 - herstellung 269
 - informationen 168
 - pakete 363, 368, 370
 - zulieferer 305f., 375
- Propaganda-
 - instrument 10, 71, 83, 92
 - zwecke 7, 31

- Public-Service-
 - Aufgabe 67, 69, 200
 - Funktion 164
 - Idee 95
 - Modell 65
 - Verpflichtung 139, 256
- publizistischer Wettbewerb 294, 311
- qualitative Programmstandards 252f.
- quality thresholds 235
- Querschnittskompetenzen 129f.
- Quoten-
 - auflagen 59, 247, 339
 - regelung 178f., 181f., 190, 238, 270ff., 374
- Radio
 - Authority 66, 222, 227, 237, 259, 345
 - Libre-Bewegung 37
 - RAI 71f., 76, 80ff., 197, 200, 288, 307, 328
 - Rangfolgeregeln 22, 290f., 367, 371
- Recht
 - auf Erwidrerung 343
 - auf Gegendarstellung 113, 190, 341ff.
- Rechtfertigung
 - im Umgehungsfall 149f.
 - unterschiedslos geltender Regelungen 144ff.
 - diskriminierender Regelungen 140ff.
- Rechtfertigungsgründe des Art. 56 Abs. 1 EGV 141f.
- rechtliches Gehör 243
- Rechtsaufsicht 33, 220, 227
- Rechtssache
 - Bond van Adverteerders 138, 141f.
 - Elliniki Radiophonia Tileorassi AE(ERT) 151
 - Kommission/Belgien 142f.
 - Kommission/Niederlande 145ff.
 - Stichting Collectieve Antennevoorziening Gouda 145ff.
- Rechtsvereinheitlichung 355
- Registrierpflichten 316
- Ressourcenakkumulation 304
- Royal Charter 199, 201
- Rundfunk-
 - beauftragter 26
 - freiheit 99ff.
 - gebühren 2, 69, 71, 92, 135, 140, 196, 227
 - monopol 37f., 55f., 73, 92, 105, 111, 155, 157, 280, 362
 - rat 12, 16, 209ff., 211
 - sendetätigkeit als Dienstleistung 133
 - unternehmerfreiheit 101, 115, 117
- Sacchi-Urteil 133, 138, 180
- Satelliten-
 - direktempfang 22, 24, 48f.
 - fernsehen 79f.
 - rundfunk 1, 63
- Schlichtungs-
 - modell 241, 244
 - verfahren 250
- Schleichwerbung 325
- Schrankenregelung des Art. 10 Abs. 2 EMRK 157ff.
- Schutz
 - für Kinospielefilme 274ff.
 - der persönlichen Ehre 264
 - der redaktionellen Unabhängigkeit 325
 - der Sprache 268
 - von Rechtsgütern Dritter und der Allgemeinheit 264f., 352f.
- Selbst-
 - kontrolle 220, 338
 - regulierung 240, 248, 347, 350
- Sende-
 - ketten 305
 - staatsprinzip 180, 189
 - verbote 332, 359
 - zeitbegrenzung 323, 335, 359
- Sendungen der Arbeitnehmer, Arbeitgeber- und Berufsverbände 282
- Set-Top-Boxen 363, 368f.
- Sicherung
 - der Funktionsweise des Rundfunkmarktes 351f.
 - der Unabhängigkeit 92ff., 227ff., 347ff.
 - eines fairen und chancengleichen Zugangs 366
 - kultureller Identität 39, 267ff., 371, 374
 - lokaler und regionaler Berichterstattung 267f.
 - pluralistischer Vielfalt 349ff.
- Smartcards 367
- Sondersituation des Rundfunks 93, 100, 114, 120, 362
- Sparten-
 - kanäle 361
 - programm 294f., 299
- Sponsorhinweis 330
- Sponsoring 182, 329
- Staats-
 - und Parteinfluence 249
 - freiheit 93f., 120, 140, 288
- Stiftung Medientest 241, 377
- Strohmannen 314, 357
- Struktursteuerung 347, 349ff.

- subscriber management system 368
- Subventionen 248, 269
- symbolische Politik 247

- Tatsachenbehauptung 341f.
- Tausenderpreise 292
- Telekommunikationsnetze 308
- Teleshopping 329, 376
- Transparenz- 115, 310
 - regeln 293, 314, 357f.
- Trennungs- und Kennzeichnungsgebot 325
- Treuhandbindung 84, 93, 249f.
- Tribunal Constitucional 116ff.
- True-Video-on-Demand 361, 365, 376
- TV 10-Urteil 149
- TVE 83, 86, 90f.

- Überparteilichkeit 256, 258, 261
 - der Berichterstattung 253
- Umgehungsverbote 149f., 312f.
- Umsatzbegrenzung 303
- unabhängige
 - Aufsichtsbehörde 36, 225, 249
 - Massenmedien 25
 - Produzenten 68, 276ff.
- undue prominence 260
- Universaldienst 372
- Unterbrechungsverbot 326f.
- Unternehmensbegriff 162f.

- Verbot der Lizenzübertragung 313
- Verbot mehrfacher Programmträgerschaften 306, 375
- Verbraucherschutz 376f.
- Verfassungswert des Pluralismus 106ff.
- Verflechtung
 - mit Werbeagenturen 307
 - zwischen Rundfunk und Presse 293, 302f.
 - zwischen Fernsehen und Hörfunk 302
- Vergabekriterien 231, 234
- verhaltensbezogene Zugangsbeschränkungen 233
- Verlautbarungsrecht 288f.
- Vermutungsregeln 314
- Verschlüsselung 365
- Versteigerung/s
 - der ITV-Lizenzen 65f.
 - modell 230, 235f., 250
- Verteilung knapper Frequenzen 230
- vertikale Konzentration 304ff., 357
- Vertriebs- und Vermarktungsstrukturen 363, 367ff.
- Verwaltungsrat 33, 205ff.

- Video Comunitarias 88f., 118
- Video-on-Demand 29, 361, 373
- Virtual Reality 361
- Volksempfänger 11
- vor- und nachgelagerte Bereiche 319, 375

- Wahlkampfsendezeiten 197, 285
- Wahrung journalistischer Sorgfaltsstandards 255
- war of words 54
- Weißbuch »Vollendung des Binnenmarktes« 125
- Werbe-
 - agenturen 307
 - beschränkungen 190, 320ff., 376
 - einkünfte 248
 - finanzierung 257
- wertende Rechtsvergleichung 151
- Wettbewerbsfreiheit 161ff.

- ZDF 23, 26, 28, 328
- Zensur 10, 24, 83, 92
- Zugang
 - zu den Kommunikationsmedien 117
 - zu den Rundfunkmärkten 113, 224, 248, 280
 - zu den verschiedenen Übertragungswegen 308, 366
 - zu massenattraktiven Programmen 166
- Zugangs-
 - barrieren 249, 363
 - kontrolle 367ff.
 - rechte für politische Parteien 283ff.
 - rechte für religiöse, politische und soziale Gruppen 194, 281
 - rechte zum Rundfunk 280ff.
 - regeln für den Kabelrundfunk 290f.
 - sperren 300, 307
- Zugriffsdienste 361
- Zulassung/s- 194, 230ff., 363ff.
 - entscheidung 237ff.
 - kriterien und -verfahren 223, 230ff.
- Zulieferverträge 306
- Zurechnungsklausel 231, 305, 312f.
- Zuschauer-
 - organisationen 240
 - überwachung 240, 374
- Zuteilung von Wahlsendezeit 285ff.
- zwei-aus-vier-Regelung 301
- Zwei-Säulen-Modell 312
- zwingende Gründe des Allgemeininteresses 145ff., 153